

INHALT:

GI Leitsätze

Seite 210, 230

Vertrauensschadenversicherung der Notarkammer

Seite 211

Bindung an das Haftpflichturteil / Treuhand zugunsten
des Geschädigten

(BGH, Urt. v. 27.5.1998 - IV ZR 166/97)

Wiedereinsetzungsantrag

Seite 214

Rechtzeitiger Sachvortrag

(BGH, Urt. v. 12.5.1998 - VI ZB 10/98)

Fristenkontrolle

Seite 215

Ausnutzen der Frist bis zum letzten Tag / Verkehrsunfall

(BGH, Urt. v. 23.4.1998 - I ZB 2/98)

Dritthaftung des Wirtschaftsprüfers

Seite 217

Pflichtprüfung / Drittschutzwirkung /

Haftungsbeschränkung

(BGH, Urt. v. 2.4.1998 - III ZR 245/96)

Fristenkontrolle

Seite 221

Büroversehen / Verschulden des Rechtsanwalts /

Aktenvorlage

(BGH, Beschl. v. 3.11.1997 - VI ZB 47/97)

Grenzen der Werbung des Steuerberaters

Seite 222

Unlauterer Wettbewerb / Erlaubte Selbstdarstellung

(BGH, Urt. v. 28.11.1996 - I ZR 184/94)

Versicherungsschutz

Seite 225

Treuhand / Wesentliche Pflichtverletzung,

§ 4 Ziff. 6 AVB / Verstoß gegen fundamentale Grundregeln

(OLG Köln, Urt. v. 28.1.1997 - 9 U 62/96)

Steuerberaterhaftung

Seite 227

Belehrungspflicht / Rechtsprechungsänderung durch

EuGH (hier: USt., Geldspielgeräte) / Zeitschriften (IStR) /

Mitverschulden, Verbandsinformation

(LG Tübingen, Urt. v. 26.9.1997 - 2 O 57/97, rkr.)

Versicherungsschutz

Seite 229

nach Tod des Steuerberaters / Ausschlagung der

Erbschaft / Anspruch des Mandanten

(AG Düsseldorf, Urt. v. 22.1.1997 - 28 C 16886/96)

GI Hinweise

Seite 230



GI Leitsätze

Steuerhinterziehung / Strafzumessung / Umsatzsteuervoranmeldung

Die Abgabe falscher monatlicher oder vierteljährlicher Umsatzsteuervoranmeldungen führt zu einer Steuerverkürzung auf Zeit, bei der sich der tatbestandsmäßige Umfang aus den Hinterziehungszinsen errechnet; erst die Abgabe der falschen Jahreserklärung bewirkt die endgültige Steuerverkürzung. Beabsichtigt der Täter von Anfang an, keine zutreffende Umsatzsteuerjahreserklärung abzugeben und wird eine solche auch nicht eingereicht, so ist der gesamte jeweils monatlich oder vierteljährlich erlangte Vorteil als vom Vorsatz umfaßtes Handlungsziel bei der Strafzumessung erschwerend zu berücksichtigen und in die Gesamtabwägung einzustellen. (Leitsatz nicht amtlich)

(BGH, Beschl. v. 21.1.1998 - 5 StR 686/97, wistra 1998, 146)

Sozietätsvertrag / Auseinandersetzung / Zahlungsansprüche / Güte- und Schlichtungsklausel / ZPO § 1027a; BGB § 117 Abs. 1

Haben die Mitglieder einer Rechtsanwalts- und Steuerberatersozietät vereinbart, daß bei Scheitern einer gültigen Beilegung von Streitigkeiten zunächst der Präsident der Rechtsanwaltskammer bzw. der Steuerberaterkammer um Vermittlung angegangen wird, so ist die Klage auf Auszahlung der Beteiligung an Erlösen der Sozietät und auf Auskunft einstweilen unzulässig.

(Brandenburgisches OLG, Urt. v. 18.9.1996 - 7 U 8/96, AnwBl 1998, 281)

Auftrag an zweitinstanzlichen Anwalt / Auftragsannahme / Überörtliche Sozietät / ZPO §§ 233, 323

1. Bei ständiger Zusammenarbeit eines erstinstanzlichen Anwalts mit einem zweitinstanzlichen Anwalt kann der erstinstanzliche Anwalt ohne Nachfrage darauf vertrauen, daß ein Rechtsmittelauftrag angenommen wird.

2. Bei überörtlichen Sozietäten müssen Rechtsmittelaufträge an das Büro des postulationsfähigen Anwalts gerichtet werden. Nur ausnahmsweise genügt die Übersendung an ein anderes Büro der Sozietät (hier: Familiensozietät und Wohnort des zweitinstanzlichen Anwalts dort).

(OLG Köln, Beschl. v. 12.5.1997 - 14 UF 79/97, AnwBl 1998, 279)

Änderung eines Telefaxes / Urkundenfälschung?

Einer Fernkopie (Telefax) kann im Regelfall keine höhere Garantiefunktion beigemessen werden als einer bloßen Fotokopie; sie ist grundsätzlich keine Urkunde im Sinne des § 267 StGB.

(OLG Zweibrücken, Urt. v. 3.4.1998 - 1 Ss 34/98, wistra 1998, 195)

Bindungswirkung / Telefonische Rechtsauskunft des Finanzamts

Ob eine außerhalb einer Außenprüfung gegebene, nicht durch die §§ 204 bis 207 AO 1977 geregelte Auskunft das FA bindet, richtet sich nach den von der Rechtsprechung zur Rechtslage nach der AO entwickelten, aus Treu und Glauben abgeleiteten Rechtsgrundsätzen. Danach ist eine Auskunft des FA nur dann verbindlich, wenn sie der für die spätere Entscheidung im Verwaltungsverfahren zuständige Beamte oder der Vorsteher erteilt hat. Der zuständige Beamte ist dabei nicht etwa der Sachbearbeiter, sondern der abschließend Zeichnungsberechtigte, also in der Regel der Sachgebietsleiter (Fortführung der ständigen BFH-Rechtsprechung).

(BFH, Urt. v. 26.11.1997 - III R 109/93, BFH/NV 1998, 808)

Rückforderungsanspruch des Finanzamts / Wegfall der Bereicherung? / Billigkeitserlaß?

Ein Wegfall der Bereicherung führt grundsätzlich nicht zum Erlöschen des abgabenrechtlichen Rückforderungsanspruchs wegen einer rechtsgrundlos erbrachten Leistung.

(BFH, Beschl. v. 19.9.1997 - V B 39/97, BFH/NV 1998, 280)

FG-Verfahren / Unterlassene Beweisaufnahme als Verfahrensfehler

Eine Entscheidung des FG kann auf dem Verfahrensmangel der unterlassenen Beweisaufnahme beruhen, wenn das FG aus dem Beweisantrag, ohne diesem nachzukommen, das Gegenteil dessen folgert, was durch die beantragte Beweiserhebung hätte nachgewiesen werden sollen. Der Vorsitzende des FG-Senats muß ggf. darauf hinwirken, daß Unklarheiten hinsichtlich der Beweisthemen beseitigt und Anträge näher erläutert werden.

(BFH, Beschl. v. 4.9.1997 - VII B 149/97, BFH/NV 1998, 337)

Vertrauensschaden- versicherung der Notarkammer

- Bindung an das Haftpflichturteil
- Treuhand zugunsten des Geschädigten
(BGH, Urt. v. 27.5.1998 - IV ZR 166/97)

Leitsätze:

1. Auf die von den Notarkammern gem. § 67 Abs. 2 Nr. 3 BNotO abzuschließende Vertrauensschadenversicherung sind – wie bei der Haftpflichtversicherung – Trennungsprinzip und Bindungswirkung anwendbar.

2. Aus dem gesetzlichen Treuhandverhältnis zwischen Notarkammer und Geschädigtem ergibt sich kein Anspruch des Geschädigten auf Abtretung der Forderung der Notarkammer gegenüber dem Vertrauensschadenversicherer.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger verlangt Ersatz des Schadens, der ihm aufgrund des Fehlverhaltens eines Notars entstanden ist.

Der Kläger ist Rechtsanwalt. Er war als Treuhänder für ein Kapitalanlageunternehmen tätig. Von dessen Kunden hat er Geldbeträge entgegengenommen, die angelegt werden sollten. Er erteilte am 6.9.1993 dem Beklagten zu 2), einem Rechtsanwalt und Notar, einen Treuhandauftrag, nach dem der Kläger ihm per Verrechnungsscheck zur Abwicklung einer Kapitalanlage 220.000 DM zahlte. Der Beklagte zu 2) sollte über diesen Betrag auf Anweisung eines Dritten verfügen, jedoch nur, wenn ihm Sicherheiten einer Bank vorlagen.

Der Beklagte zu 2) übergab das Geld zusammen mit dem Geld anderer Anleger, insgesamt circa 4,8 Mio. DM in bar und LZB-Schecks, einem Herrn S. zur Anlage bei einer Bank. Diese hat das Geld nicht erhalten. Banksicherheiten sind nicht erteilt. Gegen Herrn S. ist ein Ermittlungsverfahren anhängig. Die Staatsanwaltschaft hat bis auf geringe Beträge das Geld nicht auffinden können. Die Haftpflichtversicherung des Beklagten zu 2) hat es abgelehnt, für den Schaden einzustehen. Der Kläger nimmt neben dem Beklagten zu 2) die Notarkammer als Beklagte zu 1) in Anspruch, die ihrerseits eine Vertrauensschadenversicherung abgeschlossen hat.

Der Kläger hat im ersten Rechtszug beantragt, die Beklagten zu verurteilen, an ihn 220.000 DM nebst Zinsen zu zahlen, hilfsweise die Beklagte zu 1) zu verurteilen, ihren Anspruch aus der Vertrauensschadenversicherung an ihn, den Kläger, abzutreten.

Das Landgericht hat die Beklagte zu 1) verurteilt, ihren Anspruch aus der Vertrauensschadenversicherung bis zur Höhe von 220.000 DM an den Kläger abzutreten. Den Beklagten zu 2) hat es verurteilt, an den Kläger 220.000 DM nebst Zinsen zu zahlen. Im übrigen hat es die Klage abgewiesen.

Gegen dieses Urteil hat nur die Beklagte zu 1) Berufung eingelegt mit dem Ziel, daß die Klage gegen sie vollständig abgewiesen werde. Der Kläger hat im Wege der Anschlußberufung hilfsweise beantragt, die Beklagte zu 1) zu verurteilen, den Schadenersatzanspruch gegen den Vertrauensschadenversicherer treuhänderisch für ihn geltend zu machen. Das Berufungsgericht hat die Berufung zurückgewiesen. Mit der Revision verfolgt die Beklagte zu 1) ihr Ziel vollständiger Klageabweisung weiter. – Die Revision der Beklagten zu 1) hat im Ergebnis keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

1. Die Revision wendet sich gegen die vom Berufungsgericht näher begründete Feststellung, der Beklagte zu 2) habe seine notariellen Pflichten vorsätzlich verletzt. Sie meint, der Kläger habe schon deshalb keinen Anspruch gegen die Beklagte zu 1) auf Abtretung eines Anspruchs, weil der Beklagte zu 2) nicht als Notar in Ausübung seiner Berufstätigkeit dem Kläger vorsätzlich einen Schaden zugefügt habe. Ein Anspruch aus der Vertrauensschadenversicherung bestehe somit nicht und könne deshalb auch nicht abgetreten werden. Dieses Vorbringen der Revision muß erfolglos bleiben.

Schon das Landgericht hatte in seinem **rechtskräftig gewordenen Urteil festgestellt, der Beklagte zu 2) habe vorsätzlich seine treuhänderischen Pflichten verletzt, die ihm als Notar oblagen**. Einschränkungen, z.B. wegen eines etwaigen Mitverschuldens des Klägers, hat das Landgericht nicht gemacht. Diese Feststellungen haben für das Berufungs- und Revisionsverfahren dieselbe bindende Wirkung, wie sie das Urteil eines Haftpflichtprozesses im Deckungsprozeß entfaltet. Darauf weist die Revisionserwiderung zu Recht hin.

Allerdings handelt es sich bei der hier vorliegenden **Vertrauensschadenversicherung** nicht um eine Versicherung der Art, wie sie in den noch vom Bundesaufsichtsamt genehmigten (*VerBAV 1986, 216*) Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB) ihre Ausgestaltung gefunden hat. Dennoch gilt auch für die Vertrauensschadenversicherung der **Grundsatz, daß der vorangegangene Haftpflichtprozeß zwischen dem Geschädigten und dem Schädiger Bindungswirkung im nachfolgenden Deckungsprozeß zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer entfaltet, wie es der Senat für die Haftpflichtversicherung entschieden hat** (*BGHZ 119, 276, 278*).

Demgemäß wird die Haftpflichtfrage grundsätzlich abschließend im Haftpflichtprozeß entschieden (*sog. Trennungsprinzip, BGH, a.a.O.*). **Gerade in den Fällen der Voraussetzungsidentität, wie sie auch hier vorliegt, sind Bindungswirkung und Trennungsprinzip zu beachten** (*vgl. BGHZ 117, 345, 350 f.*). **Die Schuldform des Vorsatzes ist bei der Frage der Haftung des Schädigers identisch mit der Definition des Versicherungsfalls, wie ihn § 1 der Bedingungen über die Vertrauensschadenversicherung regelt.** Danach liegt ein Versicherungsfall u.a. vor, wenn eine Vertrauensperson in Ausübung ihrer Berufstätigkeit einem Dritten durch vorsätzliche Handlungen einen Vermögensschaden zufügt, zu dessen Ersatz sie nach den gesetzlichen Bestimmungen über unerlaubte Handlungen verpflichtet ist.

Die Anwendung von Trennungsprinzip und Bindungswirkung wie in der Haftpflichtversicherung auch auf die Vertrauensschadenversicherung ist geboten, weil diese die Haftpflichtversicherung des Notars ergänzen soll. Nach § 19a BNotO ist der Notar verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

Diese umfaßt jedoch nicht den Schaden, den der Notar vorsätzlich herbeiführt, § 152 VVG, § 4 II Nr. 1 Satz 1 AHB. Auch für Schäden, die der Notar durch wissentliches Abweichen von Gesetz und Vorschriften oder durch sonstige wesentliche Pflichtverletzungen verursacht, haftet der Versicherer nicht, § 4 Nr. 5 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (*VerBAV 1989, 347*). Der Geschädigte hat also durch die Haftpflichtversicherung des Notars nur einen eingeschränkten Schutz, wenn der Notar persönlich nicht leistungsfähig ist.

Um diese Lücke zu füllen, verpflichtet § 67 Abs. 2 Nr. 3 BNotO die Notarkammern, ergänzende Versicherungsverträge abzuschließen. Folgerichtig umfaßt die hier vorliegende Vertrauensschadenversicherung durch § 1 der Bedingungen schon nach seinem Wortlaut die durch eine allgemeine Haftpflichtversicherung nicht gedeckten Schäden. **Soll also die Vertrauensschadenversicherung nach dem Willen des Gesetzgebers die Haftpflichtversicherung des Notars wirksam ergänzen, dann muß sie in ihrer Handhabung auch den Regeln der Haftpflichtversicherung folgen.**

Sie hat die gleiche Funktion wie die Haftpflichtversicherung. Deshalb ist es angebracht, ebenso wie bei der Haftpflichtversicherung durch die Bindungswirkung zu verhindern, daß die im Haftpflichtprozeß getroffene Entscheidung und auch deren Grundlagen nochmals zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer in Frage gestellt werden können. Anderenfalls könnte der Geschädigte ein Urteil zu seinen Gunsten erhalten haben und ihm im Verfahren zwischen der Notarkammer und dem Versicherer doch der Schutz versagt werden. Dies widerspräche dem Zweck des § 67 Abs. 2 Nr. 3 BNotO.

Auch wenn – anders als bei der Haftpflichtversicherung – der Versicherungsnehmer und der Schädiger hier nicht personengleich sind und die Notarkammer deshalb nicht zwangsläufig am Haftpflichtprozeß beteiligt ist, trifft sie die **Bindungswirkung doch nicht unverhältnismäßig. Denn sie kann sich als Nebenintervenantin am Haftpflichtprozeß beteiligen und so ihre Interessen wie auch die des Versicherers zur Geltung bringen.** Die Kenntnis des Versicherers von den maßgebenden Umständen gewährleistet § 6 der Versicherungsbedingungen, der sowohl die Notarkammer als auch den Notar verpflichtet, den Versicherer umfassend zu unterrichten.

Diese Bindungswirkung im Deckungsprozeß muß auch in dem vorliegenden Verfahren zwischen dem versicherten Geschädigten und der Notarkammer als Versicherungsnehmerin beachtet werden.

2. a) Das Berufungsgericht hat ausgeführt, dem Kläger stehe ein Anspruch auf Abtretung der Forderung der Beklagten gegen den Versicherer zu. Dieser Anspruch ergebe sich aus einem gesetzlichen Treuhandverhältnis zwischen der Beklagten und dem Kläger. Aufgrund des Treuhandverhältnisses könne der Geschädigte von

der Notarkammer „sogar“ verlangen, daß die Notarkammer die Versicherungsleistung gegenüber dem Versicherer geltend mache und einziehe. Die vom Kläger begehrte Abtretung stelle demgegenüber ein Minus dar und belaste die Notarkammer weniger. Die Beklagte könne sich auf das in § 9 der Bedingungen der Vertrauensschadenversicherung geregelte Abtretungsverbot nicht berufen. Es verstoße gegen § 9 AGBG und sei deshalb unwirksam. Dagegen wendet sich die Revision mit Recht.

b) Der Kläger hat keinen Anspruch auf Abtretung der Forderung der Beklagten gegen den Vertrauensschadenversicherer. Es fehlt an einer Anspruchsgrundlage. Zwischen dem Kläger und der beklagten Notarkammer besteht kein Vertragsverhältnis, so daß sich ein vertraglicher Anspruch nicht ergeben kann. Ebensowenig kommt ein gesetzlicher Anspruch in Betracht.

Bei der Vertrauensschadenversicherung handelt es sich um eine Versicherung für fremde Rechnung im Sinne der §§ 74 ff VVG. Das hat der Senat bereits mit seinem Urteil vom 12.12.1990 (BGHZ 113, 151, 152) entschieden. Auf die in § 1 Abs. 4 der Bedingungen zum Ausdruck gebrachte gegenteilige Auffassung kommt es nicht an. Entscheidend ist der Rechtscharakter, wie er sich aus den Bedingungen im übrigen und dem Sinn und Zweck der Versicherung ergibt. Zwar verfolgt die Notarkammer mit dem Abschluß des Versicherungsvertrages entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auch das **standespolitische Ziel, Ansehen und Ehre des Notarstandes zu wahren**. Das Ansehen soll aber gerade dadurch gewahrt werden, daß das Opfer einer vorsätzlichen Pflichtverletzung eines Notars schadlos gehalten wird. **Als Zweck der Vertrauensschadenversicherung steht deshalb der Schutz des Geschädigten im Vordergrund, also das fremde Interesse eines Dritten** (vgl. BGH, a.a.O., S. 153).

Bei der Fremdversicherung kann der Dritte, wenn nichts anderes vereinbart ist, seine Rechte gegen den Versicherer ohne Zustimmung des Versicherungsnehmers nur dann gerichtlich geltend machen, wenn er im Besitz des Versicherungsscheins ist, § 75 Abs. 2 VVG. Da der Kläger weder im Besitz des Versicherungsscheins ist noch eine abweichende vertragliche Vereinbarung besteht, fehlt es an Anhaltspunkten für die Anwendung des in § 75 Abs. 2 VVG zum Ausdruck gekommenen Grundgedankens, der allenfalls einen Anspruch auf Abtretung zuließe.

Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ergibt sich **aus dem gesetzlichen Treuhandverhältnis kein Anspruch des Klägers auf Abtretung der Forderung. Richtig ist der Ausgangspunkt, daß zwischen dem Geschädigten und der Notarkammer als Versicherungsnehmerin der Vertrauensschadenversicherung ein Treuhandverhältnis besteht, das die Notarkammer verpflichtet, die Entschädigung einzuziehen und an den Geschädigten auszukehren** (BGH, a.a.O., S. 155). Daraus ist aber noch nicht zu entnehmen, daß die Notarkammer auch verpflichtet ist, auf ihre Prozeßrolle zu verzichten und den Anspruch an den Geschädigten abzutreten.

Soweit das Berufungsgericht darauf abstellt, die Abtretung sei gegenüber der Einziehung ein Minus, das die Notarkammer weniger belaste, übersieht es, daß ein Anspruch auf Abtretung in das Versicherungsverhältnis eingreift, an dem auch der Versicherer beteiligt ist. Dieser hat ein berechtigtes Interesse daran, im Schadenfall nicht mit einer unbestimmten Vielzahl ihm unbekannter Personen das Vertragsverhältnis abwickeln zu müssen, anstatt sich allein mit dem Versicherungsnehmer als seinem Vertragspartner auseinanderzusetzen. **Für den Versicherer kann es eine erhebliche Belastung bedeuten, wenn er nach Eintritt eines Schadens mit einer ganzen Reihe verschiedener, ihm unbekannter Personen einzeln verhandeln, die Ansprüche gesondert bescheiden und den hierbei eingenommenen Standpunkt unter Umständen in mehreren Prozessen verteidigen müßte** (vgl. BGHZ 41, 327, 329 f für eine Betriebshaftpflichtversicherung).

Demgegenüber ist dem Schutz des Geschädigten ausreichend dadurch genügt, daß die Notarkammer aufgrund des gesetzlichen Treuhandverhältnisses gehalten ist, den Anspruch gegenüber dem Versicherer geltend zu machen, die Forderung einzuziehen und die Entschädigung an den Geschädigten auszukehren. **Sollte die Notarkammer ohne billigenwerte Gründe ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, wäre der Geschädigte dadurch ausreichend geschützt, daß er nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ausnahmsweise den Anspruch gegen den Versicherer selbst geltend machen kann**. In diesem Fall würde der Versicherer rechtsmißbräuchlich handeln, wenn er sich darauf beriefe, daß der Geschädigte im allgemeinen nicht legitimiert ist, den Anspruch gegen den Versicherer geltend zu machen (vgl. BGH, a.a.O., Urt. v. 4.5.1983 - IVa ZR 106/81, VersR 1983, 823; v. 11.3.1987 - IVa ZR 240/85, BGHR VVG § 75 Abs. 1 Satz 1 Klagebefugnis 1).

Wiedereinsetzungsantrag

– Rechtzeitiger Sachvortrag
(BGH, Urt. v. 12.5.1998 – VI ZB 10/98)

Leitsatz:

Die Grundsätze über die Unzulässigkeit nachgeschobenen Vorbringens gelten auch für die Darlegung der Rechtzeitigkeit des Wiedereinsetzungsantrags.

Aus den Gründen:

I.

Die Berufung der Klägerin gegen das ihr am 23.5.1997 zugestellte klageabweisende Urteil des Landgerichts ging am 24.6.1997, einem Dienstag, bei Gericht ein. Die formularmäßige Mitteilung der Geschäftsstelle über das Eingangsdatum der Rechtsmittelschrift ging dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin am 7.7.1997 zu. Nach Eingang der Berufungsbegründung wies der Senatsvorsitzende mit Verfügung vom 18.7.1997, die dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin am 24.7.1997 zuging, darauf hin, daß gegen die Zulässigkeit der Berufung Bedenken bestünden.

Daraufhin beantragte der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin mit einem am 28.7.1997 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und legte erneut Berufung ein. Zur Begründung trug der Anwalt unter Vorlage von zwei eidesstattlichen Versicherungen von Kanzleiangestellten vor, der seit 25 Jahren in der Kanzlei tätige vorbildhaft zuverlässige Rechtsanwalts- und Notargehilfe K. habe es entgegen entsprechender Anweisungen versäumt, die Berufungsfrist nebst Vorfrist im handschriftlich geführten Termin- und Fristenkalender sowie im Zwei-Computer-Kontrollsystem einzutragen.

Dieser Fehler sei jedoch für den verspäteten Eingang der Berufungsschrift bei Gericht nicht ursächlich geworden, vielmehr beruhe die Versäumung der Frist darauf, daß die Berufungsschrift erst fünf Tage nach Abgabe bei dem Postamt bei Gericht eingegangen sei, während die normale Postlaufzeit ein bis zwei Tage betrage. Diesen Schriftsatz nahm der Senatsvorsitzende zum Anlaß, den Anwalt darauf hinzuweisen, daß auch die Einhaltung der Zwei-Wochen-Frist des § 234 Abs. 1 ZPO glaubhaft zu machen sei.

Daraufhin trug der Anwalt vor, daß ihm die Versäumung der Berufungsfrist erst bei Eingang der Mitteilung des Senatsvorsitzenden vom 18.7.1997 bekannt geworden sei; auf der Grundlage der Mitteilung der Geschäftsstelle über den Eingang der Berufungsschrift sei eine Kontrolle der Berufungsfrist nicht möglich gewesen, weil diese Frist entgegen ausdrücklicher Anweisung nicht notiert gewesen sei.

Das Oberlandesgericht hat sowohl den Wiedereinsetzungsantrag als auch die Berufung als unzulässig verworfen. Die Klägerin habe die zweiwöchige Wiedereinsetzungsfrist des § 234 Abs. 1 ZPO versäumt. Diese Frist habe gemäß § 234 Abs. 2 ZPO nicht erst ab Mitteilung des Senatsvorsitzenden über die Versäumung der Berufungsfrist, sondern bereits bei Eingang der schriftlichen Mitteilung über das Eingangsdatum der Berufungsschrift und damit am 7.7.1997 zu laufen begonnen. Bereits an diesem Tage sei für den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt die Fristversäumung erkennbar gewesen.

Die gerichtliche Eingangsmitteilung sei aber entgegen ihrer Zweckbestimmung in der Anwaltskanzlei nicht zum Anlaß genommen worden, die Rechtzeitigkeit der Rechtsmitteleinlegung zu überprüfen. Eine solche Überprüfung, die der Prozeßbevollmächtigte auch geeignetem Büropersonal habe überlassen dürfen, hätte zu der Feststellung geführt, daß die Eintragung der Berufungsfrist versäumt worden war; die darauf vorzunehmende Überprüfung der Handakten hätte ergeben, daß die Berufungsfrist nicht gewahrt war.

Der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin habe jedoch selbst nicht behauptet, daß er durch entsprechende Organisationsanweisungen für seine Kanzlei sichergestellt habe, daß bei Eingang einer gerichtlichen Empfangsbestätigung das darauf vermerkte Eingangsdatum sogleich im Hinblick auf die Fristwahrung überprüft werde, oder daß eine solche gerichtliche Eingangsmitteilung unverzüglich ihm selbst mit den Handakten zur Fristüberprüfung vorgelegt werde.

Dieser Organisationsfehler lasse die über den 7.7.1997 hinausreichende Unkenntnis von der Fristversäumung nicht mehr als unverschuldet im Sinne von § 233 ZPO erscheinen, so daß der Wiedereinsetzungsantrag schon wegen verschuldeter Nichtwahrung der Einspruchsfrist des § 234 ZPO unzulässig sei.

Gegen diesen am 29.1.1998 zugestellten Beschluß richtet sich die am 12.2.1998 eingegangene sofortige Beschwerde der Klägerin.

II.

Das form- und fristgerecht eingelegte und auch sonst zulässige Rechtsmittel hat in der Sache keinen Erfolg.

Das Oberlandesgericht geht zu Recht davon aus, daß es zu den Pflichten eines Anwalts gehört, bei Zugang einer gerichtlichen Mitteilung über das Eingangsdatum einer Rechtsmittelschrift anhand dieser Mitteilung zu überprüfen oder durch geeignetes Büropersonal überprüfen zu lassen, ob die Rechtsmittelschrift rechtzeitig bei Gericht eingegangen ist (vgl. BGH, Beschl. v. 13.5.1992 – VIII ZB 3/92, NJW 1992, 2098, 2099 = GI 1992, 238), und daß diesbezügliche Organisationsversäumnisse dem Anwalt zum Verschulden gereichen. Dies stellt die Klägerin auch nicht in Frage. Vielmehr wendet sie sich dagegen, daß das Oberlandesgericht davon ausgegangen ist, daß in der Kanzlei ihres Prozeßbevollmächtigten infolge eines Organisationsmangels die Überprüfung der Fristwahrung nach dem Eingang gerichtlicher Mitteilungen über das Eingangsdatum von Rechtsmittelschriften nicht gewährleistet und deshalb die Unkenntnis über die Versäumung der Berufungsfrist ab dem Eingang der Mitteilung nicht mehr unverschuldet, das Hindernis i.S. des § 234 Abs. 2 also beseitigt gewesen sei.

Sie macht unter Vorlage eidesstattlicher Versicherungen ihres Prozeßbevollmächtigten und der Kanzleiangestellten K. geltend, daß es Aufgabe dieser seit über zehn Jahren beanstandungsfrei in der Kanzlei arbeitenden Mitarbeiterin sei, in Fristsachen unmittelbar nach Eingang gerichtlicher Mitteilungen anhand der Akten und der Fristenliste zu kontrollieren, ob die einzuhaltenden Fristen gewahrt worden seien; im Fall von Unklarheiten setze sich Frau K., die über die Bedeutung der einzuhaltenden Fristen genauestens informiert und durch unregelmäßige Kontrollen entsprechend sensibilisiert sei, mit der jeweiligen Geschäftsstelle des Gerichts in Verbindung oder halte mit dem sachbearbeitenden Rechtsanwalt Rücksprache. Daß sie in vorliegendem Fall nicht die übliche Fristenkontrolle durchgeführt habe, sei unverständlich.

Auf dieses Vorbringen kann die Beschwerde nicht gestützt werden, weil es nicht rechtzeitig

in das Wiedereinsetzungsverfahren eingeführt worden ist. Nach §§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO müssen alle Tatsachen, die für die Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand von Bedeutung sein können, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist vorgetragen werden. Zu diesen Tatsachen gehören auch diejenigen, die die Einhaltung der Frist des § 234 Abs. 1 ZPO ergeben (BGHZ 5, 157, 160). Lediglich erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten gewesen wäre, dürfen nach Fristablauf erläutert oder vervollständigt werden (Senatsbeschl. v. 9.7.1985 – VI ZB 10/85, VersR 1985, 1184, 1185 und v. 4.10.1988 – VI ZB 21/88, VersR 1989, 165, 166 = GI 1992, 238).

In diesem Rahmen hält sich das Beschwerdevorbringen jedoch nicht. Es hat vielmehr einen neuen Tatsachenvortrag über büroorganisatorische Maßnahmen in der Kanzlei des Prozeßbevollmächtigten zum Gegenstand, auf deren fehlende Darlegung in der Vorinstanz das Oberlandesgericht die Versäumung der Antragsfrist und infolgedessen die Unzulässigkeit des Wiedereinsetzungsbegehrens gestützt hat. Nach Ablauf der Antragsfrist nachgeschobene Tatsachen, die nicht der Erläuterung oder Ergänzung fristgerecht geltend gemachter Wiedereinsetzungsvoraussetzungen dienen, müssen indessen unberücksichtigt bleiben (vgl. die genannten Senatsbeschl. sowie den Senatsbeschl. v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97, VersR 1997, 895; ferner BGH, Beschl. v. 26.11.1991 – XI ZB 10/91, NJW 1992, 697 = GI 1992, 239 und v. 20.5.1992 – XII ZB 43/92, BGHR-ZPO § 234 Abs. 1 – Begründung 6).

Fristenkontrolle

- Ausnutzen der Frist bis zum letzten Tag
 - Verkehrsunfall
- (BGH, Urt. v. 23.4.1998 – I ZB 2/98)

Leitsatz:

Die bei Ausnutzung einer Frist bis zum Ablauf des letzten Tages, also bis 24.00 Uhr, aufzuwendende erhöhte Sorgfalt geht nicht so weit, daß die Partei bzw. ihr Prozeßbevollmächtigter damit rechnen muß, bei einer persönlichen Überbringung eines fristgebundenen Schriftsatzes zum Gericht durch unvorhersehbare Ereignisse – hier einen Verkehrsunfall – an der rechtzeitigen Einreichung gehindert zu werden.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Zahlung und Herausgabe mehrerer Kraftfahrzeuge in Anspruch. Das Landgericht hat der Klage durch Urteil vom 11.7.1997 stattgegeben. Gegen dieses ihm am 15.7.1997 zugestellte Urteil hat der Beklagte am 13.8.1997 Berufung eingelegt.

Auf seinen Antrag vom 11.9.1997 ist die Berufungsbegründungsfrist zunächst bis zum 13.10.1997 verlängert worden. Auf einen weiteren, am 9.10.1997 beim Berufungsgericht eingegangenen Antrag ist die Berufungsbegründungsfrist nochmals bis zum 27.10.1997 verlängert worden. Die Berufungsbegründung des Beklagten ist erst nach Ablauf dieser Frist am 28.10.1997 im Gerichtsbriefkasten des Berufungsgerichts eingegangen.

Der Beklagte hat mit einem am 29.10.1997 beim Berufungsgericht eingegangenen Schriftsatz wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Er hat diesen Antrag damit begründet, daß sein Prozeßbevollmächtigter seine Kanzlei am 27.10.1997 um 23.44 Uhr verlassen habe, um die Berufungsbegründung persönlich in den Nachtbriefkasten des Oberlandesgerichts einzuwerfen. Die Fahrtzeit zum Gericht betrage zur Nachtzeit etwa zehn Minuten, so daß eine fristgerechte Einreichung sichergestellt gewesen sei. Bei Antritt der Fahrt zum Oberlandesgericht sei der Prozeßbevollmächtigte in einen von ihm nicht verschuldeten Verkehrsunfall verwickelt worden und dadurch gehindert gewesen, die Berufungsbegründung fristgerecht einzuwerfen.

Das Berufungsgericht hat das Wiedereinsetzungsgesuch zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen, weil das Rechtsmittel nicht fristgerecht begründet worden sei.

Gegen diesen Beschluß richtet sich die sofortige Beschwerde des Beklagten, mit der er geltend macht, sein Prozeßbevollmächtigter sei ohne Verschulden an der Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist gehindert gewesen.

II.

Die zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache Erfolg.

Dem Beklagten ist auf seinen rechtzeitig (§ 234 Abs. 1 ZPO) gestellten Antrag gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Er war ohne ein Verschulden seines Prozeßbevollmächtigten gehindert, die Berufungsbegründungsfrist einzuhalten (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO).

Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, **daß eine Partei eine Frist grundsätzlich bis zum Ablauf des letzten Tages, also bis 24.00 Uhr, ausnutzen darf** (vgl. BVerfG, NJW 1991, 2076 m.w.N.). Es hat weiter auch zu Recht angenommen, daß in einem solchen Fall eine erhöhte Sorgfalt aufzuwenden ist, um die Einhaltung der Frist sicherzustellen (vgl. BGH, Beschl. v. 4.12.1986 – I ZB 7/86, VersR 1987, 589).

Diese geht aber nicht so weit, daß die Partei bzw. ihr Prozeßbevollmächtigter auch damit rechnen muß, beim persönlichen Überbringen eines fristgebundenen Schriftsatzes durch unvorhersehbare Ereignisse an der rechtzeitigen Einreichung gehindert zu werden; **auf Unvorhersehbares kann man sich nicht einstellen** (vgl. BGH, Beschl. v. 17.9.1987 – VII ZB 5/87, VersR 1988, 249 für den Fall einer Reifenpanne; Beschl. v. 2.2.1989 – I ZB 19/88, NJW 1989, 2393 für den Fall einer Behinderung des Pkws des Prozeßbevollmächtigten durch ein verkehrswidrig abgestelltes Fahrzeug). So liegt der Fall auch hier.

Das Berufungsgericht macht dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten zu Unrecht zum Vorwurf, daß er bei einer geschätzten Fahrtzeit zum Gericht von etwa zehn Minuten erst um 23.44 Uhr des letzten Tages der Frist sein Büro verlassen und frühestens um 23.45 Uhr abfahrbereit in seinem Fahrzeug gesessen habe. Bei dieser zeitlichen Kalkulation habe ein hohes Risiko bestanden, das die Rechtzeitigkeit des Eingangs der Berufungsbegründung zwar nicht ausgeschlossen habe, die Fristeinhaltung aber auch ohne Dazutreten eines nicht vorhersehbaren Ereignisses ungewiß machte.

Nach den vom Berufungsgericht getroffenen Feststellungen ist davon auszugehen, daß der Nachtbriefkasten des Oberlandesgerichts bei einer regelmäßigen Fahrtzeit von etwa zehn Minuten noch rechtzeitig vor 24.00 Uhr hätte erreicht werden können, da der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten um 23.45 Uhr abfahrbereit war. Wenn es in der knappen zeitlichen Kalkulation gleichwohl eine schuldhaft Pflichtverletzung des Prozeßbevollmächtigten

des Beklagten erblickt, so überspannt es damit die Sorgfaltsanforderungen. Denn ohne das Unfallereignis, mit dem der Prozeßbevollmächtigte nicht zu rechnen brauchte, hätte die Frist gewahrt werden können.

Ein Verschulden des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten ergibt sich entgegen der Annahme des Berufungsgerichts auch **nicht aus einer ihm anzulastenden schuldhaften Mitverursachung des Verkehrsunfalls. Dieser Umstand muß bei der Beurteilung der Verschuldensfrage hinsichtlich der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist außer Betracht bleiben, weil der Prozeßbevollmächtigte mit einem derartigen Hindernis mangels Voraussehbarkeit bei der zeitlichen Planung der Fahrt zum Gericht gerade nicht zu rechnen brauchte.**

Dem Beklagten war daher die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist zu gewähren.

Dritthaftung des Wirtschaftsprüfers

- Pflichtprüfung
 - Drittschutzwirkung
 - Haftungsbeschränkung
- (BGH, Urt. v. 2.4.1998 - III ZR 245/96)

Leitsätze:

1. Zur Frage, ob ein Dritter in den Schutzbereich des Prüfvertrages zwischen einer Kapitalgesellschaft und einem Abschlußprüfer über eine Pflichtprüfung nach §§ 316 ff HGB einbezogen werden kann.
2. Zur Haftung des Abschlußprüfers einer Pflichtprüfung wegen der Ankündigung eines unrichtigen Testats gegenüber einem Dritten, das dieser als Entscheidungsgrundlage für einen Anteilserwerb verwendet.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist Konkursverwalter über das Vermögen der G.-AG. Deren Rechtsvorgängerin – die G.-GmbH & Co. – erwarb mit notariellem Vertrag vom 12.10.1992 von dem Alleingesellschafter H.

der S.-GmbH (nachfolgend STN) sämtliche Geschäftsanteile, nachdem dieser unmittelbar zuvor die Grundstücksgesellschaft, die Eigentümerin des an die STN verpachteten Betriebsgrundstücks nebst aufstehenden Gebäuden war, gemäß § 20 Umwandlungssteuergesetz in diese Gesellschaft eingebracht hatte, gegen eine sofort entrichtete Kaufpreisanzahlung von 2,5 Mio. DM.

Der Kläger verlangt von den beklagten Wirtschaftsprüfern Schadenersatz wegen fehlerhafter Auskunft. Die Beklagten hatten von H. den Auftrag zur Pflichtprüfung nach §§ 316 ff HGB erhalten und waren seit Juli 1992 mit der Prüfung des von dem Wirtschaftsprüfer R. erstellten Jahresabschlusses 1991 der STN befaßt. Ihre Beanstandungen führten zu einem von R. geänderten Jahresabschluß mit einer Bilanzsumme von 21.891.249,03 DM und einem gegenüber dem vorigen Abschluß erhöhten Jahresüberschuß von 2.666.467,37 DM.

Mit Schreiben vom 8.10.1992 an die STN zu Händen von H. und einem weiteren Telefaxschreiben vom 9.10.1992 an die B.-GmbH zu Händen des von der G.-GmbH & Co. hinzugezogenen Wirtschaftsprüfers St. teilten die Beklagten mit, der nunmehr vorliegende Jahresabschluß werde von ihnen nicht mehr geändert und könne von ihnen bestätigt werden.

Später stellten sich Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung der STN heraus. H. hatte zum Jahresende 1991 neun Rechnungen über insgesamt nahezu 25 Mio. DM zu Unrecht aktiviert. Der endgültige Jahresabschluß, für den die Beklagten am 30.3.1993 nach § 322 HGB einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilten, wies anstelle eines Überschusses von 2.666.467,37 DM einen Fehlbetrag von 11.049.361,15 DM auf.

Die Klage über zuletzt 2,5 Mio. DM, mit der der Kläger geltend gemacht hat, die G.-GmbH & Co. hätte die Geschäftsanteile in Kenntnis des tatsächlichen Geschäftsergebnisses für 1991 nicht oder nur zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 DM erworben, hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Dagegen richtet sich die Revision des Klägers.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I.

1. Das Berufungsgericht, dessen Urteil in NJWE-VHR 1996, 218 abgedruckt ist, nimmt an, eine Haftung der Beklagten komme in Betracht, weil die spätere Gemeinschuldnerin in den Schutzbereich des Prüfvertrages zwischen der STN und den Beklagten einbezogen worden sei. Die Revision nimmt diese Beurteilung als ihr günstig hin. Demgegenüber meint die Revisionserweiterung, der Auftrag zur Pflichtprüfung und die Mitteilung über den Stand der Prüfung und das voraussichtliche Prüfungsergebnis könnten keine Schutzwirkung zugunsten Dritter entfalten.

a) Nach § 323 Abs. 1 Satz 1 HGB ist der **Abschlußprüfer zur gewissenhaften und unparteiischen Prüfung und zur Verschwiegenheit verpflichtet**. Verletzt er vorsätzlich oder fahrlässig seine Pflichten, ist er der Kapitalgesellschaft und, wenn ein verbundenes Unternehmen geschädigt worden ist, auch diesem zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet (§ 323 Abs. 1 Satz 3 HGB). **In der Literatur wird hieraus gefolgert, daß Dritten nach § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB, also für den Bereich der Pflichtprüfung, bei Pflichtverletzungen des Abschlußprüfers keine Ansprüche gegen diesen zustehen** (vgl. Budde/Hense, Beck'scher Bilanz-Kommentar, 3. Aufl. 1995, § 323 HGB Rn. 171, 191; Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, 5. Aufl., § 323 Rn. 77, 91; Baumbach/Hopt, HGB, 29. Aufl. 1995, § 323 Rn. 7, 8; Marsch-Barner, GK-HGB, 5. Aufl. 1997, § 323 Rn. 6; Lang, WPg 1989, 57, 58; Ebke/Fechtrup, JZ 1986, 1112; Ebke/Scheel, WM 1991, 389, 395).

Soweit die Schadenersatzpflicht auf verbundene Unternehmen ausgedehnt werde, beruhe dies – als Korrelat – auf der Vorlage- und Auskunftspflicht dieser Unternehmen gemäß § 320 Abs. 3 Satz 2 HGB gegenüber dem Konzernabschlußprüfer (vgl. Budde/Hense, § 323 HGB Rn. 119; Quick, BB 1992, 1675 f); die Ersatzberechtigung des verbundenen Unternehmens setze voraus, daß der Abschlußprüfer eine ihm dem verbundenen Unternehmen gegenüber obliegende Pflicht verletze (vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 323 HGB Rn. 66; Puckler, in: Küting/Weber, Handbuch der Rechnungslegung, 3. Aufl. 1990, § 323 HGB Rn. 11). Es verbiete sich daher eine Ausdehnung der Schadenersatzpflicht gegenüber weiteren Dritten im Wege der Auslegung oder Analogie (vgl. Budde/Hense, § 323 HGB Rn. 171, 191; Adler/Düring/Schmaltz, § 323 HGB Rn. 77, 91; Claussen/Korth, in: Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, 2. Aufl., § 323 HGB Rn. 21).

Darüber hinaus laufe eine Ausdehnung der Haftung auch gegenüber Aktionären/Gesellschaftern oder Gläubigern der Kapitalgesellschaft dem Ziel zuwider, das Haftungsrisiko des Abschlußprüfers – in Fällen fahrlässiger Pflichtverletzung – zu begrenzen (§ 323 Abs. 2 HGB), und lasse besorgen, daß die Kapitalgesellschaft ihre ohnehin beschränkten Ansprüche mit Dritten teilen müsse (vgl. Budde/Hense, § 323 HGB Rn. 171).

b) **Dem schließt sich der Senat im Grundsatz an. Deshalb kommt eine Haftung der Beklagten gegenüber der Käuferin, die nicht zu dem in § 323 HGB genannten ersatzberechtigten Personenkreis gehört, unter diesem Gesichtspunkt nicht in Betracht.** Allerdings gehört die den Beklagten vorgeworfene Pflichtverletzung sachlich in den Bereich, der von der Regelung des § 323 HGB erfaßt wird. Es geht deshalb hier um die weitergehende Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen sich ein Abschlußprüfer, der mit der Pflichtprüfung betraut ist, für Begutachtungen, Testate oder andere Äußerungen, die mit dem Prüfgegenstand im Zusammenhang stehen, auch gegenüber Personen haftbar machen kann, die nicht Vertragspartner des Prüfvertrages sind und auch nicht zu den in § 323 HGB angesprochenen verbundenen Unternehmen gehören.

aa) Das Berufungsgericht zieht insoweit zu Recht die Grundsätze in Betracht, nach denen sich **aus einem Vertrag Schutzpflichten für einen Dritten**, der selbst keinen Anspruch auf die Hauptleistung aus dem Vertrag hat, ergeben können. Die Rechtsprechung hat solche Schutzwirkungen insbesondere **bei Verträgen angenommen, mit denen der Auftraggeber von einer Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt** (z.B. öffentlich bestellter Sachverständiger, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater), **ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen** (vgl. BGH, Urt. v. 2.11.1983 – IVa ZR 20/82, NJW 1984, 355 = Gl 2/1984; v. 23.1.1985 – IVa ZR 66/83, NJW-RR 1986, 484, 486; v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85, NJW 1987, 1758, 1759 f = Gl 1987, 27; v. 18.10.1988 – XI ZR 12/88, NJW-RR 1989, 696; Senat, BGHZ 127, 378, 380; v. 13.11.1997 – X ZR 144/94, WM 1998, 440, 441).

Entsprechend dem Zweck des Gutachtens, dem Dritten gegenüber Vertrauen zu erwecken und Beweiskraft zu besitzen, **steht eine Gegenläufigkeit der Interessen des Auftraggebers**

und des Dritten dessen Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages nicht entgegen (vgl. Senat, BGHZ 127, 378, 380 m.w.N.).

Es bestehen keine Bedenken, diese Grundsätze auch in Fällen anzuwenden, in denen ein Abschlußprüfer mit der Pflichtprüfung einer Kapitalgesellschaft betraut ist, wenn sich für ihn nur hinreichend deutlich ergibt, daß von ihm anlässlich dieser Prüfung eine besondere Leistung begehrt wird, von der gegenüber einem Dritten, der auf seine Sachkunde vertraut, Gebrauch gemacht werden soll. **Wenn § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB eine gesetzliche Haftung (nur) gegenüber der Kapitalgesellschaft und dem verbundenen Unternehmen regelt, bedeutet dies nicht, daß damit eine vertragliche Haftung des Abschlußprüfers gegenüber Dritten nach Maßgabe der von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Dritthaftung Sachkundiger von vornherein ausgeschlossen wäre.**

Eine derartige Sperrwirkung gegenüber der Möglichkeit einer interessengerechten, auch dem Grundsatz der Privatautonomie Rechnung tragenden Gestaltung der Haftungsbedingungen ist der Vorschrift in dieser Allgemeinheit nicht zu entnehmen. **Eine Dritthaftung, die wesentlich darauf beruht, daß es Sache der Vertragsparteien ist zu bestimmen, gegenüber welchen Personen eine Schutzpflicht begründet werden soll** (vgl. BGH, Urt. v. 26.11.1986 - IVa ZR 86/85, NJW 1987, 1758, 1759 = Gl 1987, 27), **wird von dem unmittelbaren Anwendungsbereich des § 323 Abs. 1 HGB nicht berührt und bedeutet auch nicht**, wie Ebke/Scheel (WM 1991, 389, 395) meinen, **eine Mißachtung einer in dieser Vorschrift zum Ausdruck gekommenen Grundentscheidung des Gesetzgebers für eine begrenzte Dritthaftung von Wirtschaftsprüfern**. Einen so weitgehenden Zweck verfolgt diese Bestimmung, nach deren Absatz 4 die Ersatzpflicht weder ausgeschlossen noch beschränkt werden darf, nicht.

bb) Ebensowenig entfaltet § 323 HGB eine sachliche Sperrwirkung gegenüber einer Haftung des Abschlußprüfers schon im Vorfeld der Testaterteilung. Die Vorschrift knüpft die Haftung nicht etwa an die Testaterteilung als solche an; vorausgesetzt wird vielmehr ein schuldhafter Pflichtverstoß bei Durchführung der Prüfung nach Absatz 1 Satz 1 und 2. Ob damit - im Verhältnis des Abschlußprüfers zur Kapitalgesellschaft - auch Fehler im Zusammenhang mit der Ankündigung eines Testats erfaßt werden, kann dahinstehen. Es gibt jedenfalls

keinen Grund, das schutzwürdige Vertrauen eines in den Schutzbereich des Prüfvertrages einbezogenen Dritten auf die Richtigkeit einer solchen Ankündigung schlechthin ohne haftungsrechtliche Sanktion zu lassen.

cc) Allerdings erfordert die in § 323 HGB zum Ausdruck kommende gesetzgeberische Intention, das Haftungsrisiko des Abschlußprüfers angemessen zu begrenzen, auch im Rahmen der vertraglichen Dritthaftung des Abschlußprüfers Beachtung. **Die Einbeziehung einer unbekannten Vielzahl von Gläubigern, Gesellschaftern oder Anteilserwerbern in den Schutzbereich des Prüfauftrages würde dieser Tendenz zuwiderlaufen**. Daß der Abschlußprüfer bereit ist, ein so weitgehendes Haftungsrisiko zu übernehmen, kann regelmäßig nicht angenommen werden.

Anders liegt es indessen, wenn die Vertragsteile bei Auftragserteilung, gegebenenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt, übereinstimmend davon ausgehen, daß die Prüfung auch im Interesse eines bestimmten Dritten durchgeführt werde und das Ergebnis diesem Dritten als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Jedenfalls in solchen Fällen liegt in der Übernahme des Auftrages die schlüssige Erklärung des Prüfers, auch im Interesse des Dritten gewissenhaft und unparteiisch prüfen zu wollen. **Es gibt keinen Grund, bei einer derartigen Fallgestaltung dem Dritten Ansprüche gegen den seine Prüfungspflichten verletzenden Prüfer zu versagen** (vgl. Kropff, in: Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff, AktG, § 168 Rn. 32 m.w.N.).

c) Das Berufungsgericht entnimmt der Adressierung des Schreibens vom 9.10.1992, daß es erkennbar zum Gebrauch eines Dritten bestimmt gewesen sei; zugleich meint es, die Beklagten hätten damit rechnen können, daß ihre Auskunft für Entscheidungen des Empfängers mit wirtschaftlichem Hintergrund von Bedeutung gewesen sei. Diese Feststellungen werden von der Revision als ihr günstig hingenommen. Sie werden auch durch die Revisionserwiderung ohne Erfolg in Frage gestellt, die hiergegen geltend macht, die Beklagten hätten nicht damit rechnen müssen, daß ein Dritter auf die Mitteilung über das voraussichtliche Ergebnis einer Abschlußprüfung eine Kaufentscheidung stützen würde, weil im Rechtsverkehr allenfalls ein Zwischenstatus eine Grundlage für eine derartige Entscheidung sein könne.

Welche Bedeutung dem Schreiben vom 9.10.1992 zukommt, ist eine Frage der Auslegung, die der

Tatrichter unter Berücksichtigung aller maßgebenden Umstände, zu denen auch dem Schreiben vorausgehende Gespräche gehören können, vorzunehmen hat. Das Berufungsgericht hat im weiteren Verfahren Gelegenheit, sich insoweit mit dem Einwand der Revisionserwidderung auseinanderzusetzen, das Schreiben vom 9.10.1992 enthalte kein dem § 322 HGB entsprechendes Testat und könne auch deshalb keine schutzwürdige Vertrauensgrundlage bilden.

d) Die Beklagten haben auch im weiteren Verfahren Gelegenheit, ihre in der Revisionsinstanz erhobenen Einwände gegen die Annahme des Berufungsgerichts näher zu begründen, sie hätten ihre Prüfpflichten deshalb verletzt und eine falsche Bestätigung gegeben, weil sie die Einholung von Saldenbestätigungen unterlassen hätten.

2. a) Das Berufungsgericht verneint eine Haftung der Beklagten trotz der zugrunde gelegten Pflichtverletzung, weil der Kläger nicht bewiesen habe, daß die Gemeinschuldnerin die Geschäftsanteile der STN nicht erworben hätte, wenn ihr der Jahresfehlbetrag 1991 bekannt gewesen wäre. Die Revision rügt insoweit zu Recht, daß der Vortrag auch dahin gegangen ist, die Geschäftsanteile wären nicht zu den Bedingungen des Vertrages vom 12.10.1992 erworben worden, wenn der Jahresfehlbetrag 1991 bekannt geworden wäre.

Darüber hinaus würdigt das Berufungsgericht die Aussagen der von den Beklagten benannten Zeugen insbesondere in bezug auf die Kaufpreisregelung im Kaufvertrag denk- und erfahrungswidrig und läßt den Vortrag des Klägers hierzu außer Betracht. Der Umstand, daß für den Wert der STN bei der Kaufpreisbildung kein besonderer Rechnungsposten gebildet worden ist und das eingebrachte Grundstück der entscheidende wertbildende Faktor für die Bemessung des Kaufpreises gewesen ist, rechtfertigt nicht die vom Berufungsgericht ausgesprochene Folgerung, der Käuferin sei es gleichgültig gewesen, ob die STN überhaupt einen Wert gehabt habe.

Auch wenn der Geschäftsführer der späteren Gemeinschuldnerin in den Kaufvertragsverhandlungen erklärt haben soll, die Firma sei sowieso nichts mehr wert und er wolle dafür nichts zahlen, folgt daraus nicht, daß die Käuferin bereit gewesen wäre, ihr Geld in ein Unternehmen zu stecken, das gut neun Monate zuvor mit mehr als 10 Mio. DM überschuldet war. Dabei mag im Revisionsverfahren offenbleiben, wie

die Kaufpreisklausel in § 4b des Kaufvertrages genau zu verstehen ist. **Entscheidend ist, daß der von den Beklagten im Schreiben vom 9.10.1992 angesprochene Jahresabschluß 1991 einen Jahresüberschuß von rund 2,6 Mio. DM auswies, während der später mit Bestätigungsvermerk der Beklagten versehene Jahresabschluß einen Fehlbetrag von mehr als 11 Mio. DM dokumentierte.** Daß eine solche Differenz ohne Einfluß auf die Kaufpreisbildung gewesen sein soll, läßt sich den Aussagen der vernommenen Zeugen nicht entnehmen.

Die Revision weist auch zu Recht darauf hin, daß die Regelung in § 10 des Kaufvertrages, in der der Verkäufer zusichert, daß die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung seither gewahrt wurden und daß nach seiner Kenntnis keinerlei Verbindlichkeiten der Gesellschaft bestehen, die nicht aus der Buchhaltung ersichtlich sind, gegen die Annahme des Berufungsgerichts spricht, der operative Wert der STN sei für den Kaufpreis ohne jede Bedeutung gewesen. Angesichts dieser Regelung und des Umstandes, daß die zum Jahresende 1991 bestehende Unterdeckung der STN überhaupt nur durch die Einbringung des Betriebsgrundstücks auszugleichen war, kann die Ursächlichkeit der vom Berufungsgericht angenommenen Pflichtverletzung der Beklagten für den Kaufentschluß mit der von ihm gegebenen Begründung nicht verneint werden. Vielmehr spricht für sie ein erster Anschein.

b) Das Berufungsgericht durfte auch nicht, wenn es Zweifel an der **Ursächlichkeit der Pflichtverletzung** für den Kaufentschluß hatte, von der Vernehmung des hierzu benannten Zeugen Dr. B. absehen. Auch wenn die Verhandlungen über den Kauf der Geschäftsanteile am 8.10.1992 abgeschlossen wurden, trat eine endgültige Bindung der Kaufvertragsparteien erst mit der Beurkundung vom 12.10.1992 ein. Deswegen konnten auch noch Ereignisse zwischen diesen beiden Zeitpunkten von Bedeutung sein. Dies gilt etwa für die Einbringung der Grundstücksgesellschaft durch den Verkäufer am Tage der Beurkundung des Kaufvertrages. Ferner geht das Berufungsgericht selbst – trotz des Abschlusses der Verhandlungen am 8.10.1992 – entscheidend davon aus, das Schreiben der Beklagten vom 9.10.1992 sei haftungsbegründend gewesen.

Dann ist aber auch ein Beweisantritt beachtlich, der sich auf die Ursächlichkeit dieses Schreibens bezieht. Der Beweisantritt durfte nicht deshalb unbeachtet bleiben, wie die Revisionserwidderung meint, weil der Kläger nicht darge-

legt habe, wieso der Zeuge einen derartigen Einblick in die Entscheidungsvorgänge gehabt haben soll. Denn immerhin lag aus der Feder dieses Zeugen, der die Käuferin vertreten hat, ein Schreiben vom 7.10.1992 vor, das das Berufungsgericht in seinem Tatbestand erwähnt und aus dem sich für die Kaufpreisbildung wesentliche Umstände ergeben.

3. Die Revision beanstandet auch mit Recht, daß das Berufungsgericht einen **Schaden** verneint hat. Die Erwägungen des Berufungsgerichts beruhen insoweit ebenfalls auf der rechtsfehlerhaften Vorstellung, die Geschäftsanteile der STN seien, soweit sie den operativen Wert der Gesellschaft betrafen, für die Kaufpreisbildung ohne Bedeutung gewesen, und es sei allein auf den Wert des eingebrachten Betriebsgrundstücks angekommen. Ob der Käuferin, die behauptet hat, sie hätte, wenn sie über die Verhältnisse der STN zum Jahresende 1991 richtig unterrichtet worden wäre, die Geschäftsanteile nicht oder nur zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 DM erworben, ein Schaden entstanden ist, läßt sich nur unter Einbeziehung des Wertes des Unternehmens als Ganzen feststellen und weder ohne weiteres allein nach dem gezahlten Kaufpreis – wie die Antragstellung des Klägers nahezu legen scheint – noch allein nach dem Wert des eingebrachten Betriebsgrundstücks bemessen.

II.

Der Senat kann in der Sache nicht selbst entscheiden, weil zu den unter I. angesprochenen Fragen weitere tatrichterliche Feststellungen erforderlich sind. Das Berufungsgericht wird auch dem Vortrag der Beklagten nachzugehen haben, die Käuferin sei über die wirtschaftlichen Verhältnisse der STN unterrichtet gewesen und es sei ihr jedenfalls als **Mitverschulden anzurechnen, daß sie keinen Zwischenstatus habe erstellen lassen**. Es hat ferner Gelegenheit, im Rahmen seiner erneuten Würdigung nochmals darauf einzugehen, ob sich ein Anspruch des Klägers auf Auskunftsvertrag oder Delikt stützen läßt. Soweit eine Haftung lediglich aufgrund einer Schutzwirkung aus dem Prüfvertrag in Betracht kommt, wird die **Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB zu berücksichtigen sein. Denn die Vorschrift des § 323 HGB geht – auch insoweit – den vertragsrechtlichen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts als Spezialregelung vor** (vgl. Claussen/Korth, § 323 HGB Rn. 4, 16; Adler/Düring/Schmaltz, § 323 HGB Rn. 74; zu § 168 AktG: Kropff, a.a.O., § 168 Rn. 2, 4).

Fristenkontrolle

- Büroversehen
 - Verschulden des Rechtsanwalts
 - Aktenvorlage
- (BGH, Beschl. v. 3.11.1997 – VI ZB 47/97)

Leitsatz:

Den Prozeßbevollmächtigten trifft ein eigenes Verschulden an der Versäumung der Rechtsmittelbegründungsfrist, wenn er sich in Sachen, die ihm aufgrund Büroversehens als nicht fristgebunden vorgelegt werden, nicht in angemessener Zeit durch einen Blick in die Akten wenigstens davon überzeugt, was zu tun ist und wie lange er sich mit der Bearbeitung Zeit lassen kann.

Aus den Gründen:

I.

Der Beklagte hat gegen das seinem Prozeßbevollmächtigten am 14.2.1997 zugestellte landgerichtliche Urteil mit einem am 26.3.1997 eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Zur Begründung hat er vorgetragen, die mit der Eintragung und Kontrolle der Fristen betraute Büroangestellte seines Prozeßbevollmächtigten habe entgegen der üblichen Handhabung nicht die Rechtsmittelfrist, sondern versehentlich lediglich die Vorfrist vom 7.3.1997 als gewöhnliche Frist im Fristenkalender vermerkt. Deshalb seien die Akten dem Prozeßbevollmächtigten am Vorfristtag ohne Hinweis auf den drohenden Fristablauf zusammen mit den normalen Vorlagen vorgelegt worden. Der Prozeßbevollmächtigte sei daher auch am Tage des Fristablaufs nicht erinnert worden. Erst bei Bearbeitung der Sache im normalen Geschäftsgang sei der Fristablauf am 19.3.1997 bemerkt worden.

Das Berufungsgericht hat dem Wiedereinsetzungsantrag nicht stattgegeben und die Berufung als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Fristversäumung beruhe auch auf einem Verschulden des mit der Sache befaßten Prozeßbevollmächtigten. Diesem hätten die Akten eine Woche vor Ablauf der Rechtsmittelfrist vorgelegen. Umstände, die es ihm unmöglich gemacht hätten, den Vorgang innerhalb der noch laufenden Rechtsmittelfrist zu bearbeiten und dabei den drohenden Frist-

ablauf zu bemerken, seien nicht dargelegt worden. Es müsse daher angenommen werden, daß sich der Prozeßbevollmächtigte durch einfache Einsichtnahme hätte vergewissern können, ob die Bearbeitung weiteren Aufschub dulde. Die sich daraus ergebende Sorgfaltspflichtverletzung könne deshalb ohne nähere Begründung nicht mehr als entschuldbar angesehen werden.

Dagegen wendet sich der Beschwerdeführer mit der sofortigen Beschwerde. Er **macht geltend**, der Rechtsanwalt brauche den Ablauf von Rechtsmittelbegründungsfristen nicht bei jeder Vorlage der Handakten eigenverantwortlich zu prüfen, sondern nur dann, wenn ihm die Akten im Zusammenhang mit einer fristgebundenen Prozeßhandlung zu deren Bearbeitung vorgelegt würden.

II.

Die Beschwerde ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat mit **Recht angenommen**, daß den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten ein Verschulden an der Fristversäumung trifft, das sich der Beklagte nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß.

Zunächst hat es zwar das Büropersonal des Prozeßbevollmächtigten versäumt, die Rechtsmittelfrist einschließlich Vorfrist im Fristenkalender zu vermerken, sondern hat statt dessen für die Vorlage der Akten am Vorfristtag lediglich eine gewöhnliche Frist eingetragen. Da die Akten dem Prozeßbevollmächtigten infolgedessen ohne äußere Kenntlichmachung als Fristsache vorgelegt wurden, konnte dieser nicht ohne weiteres erkennen, daß die Bearbeitung fristgebunden war.

Auf diesem Büroversehen beruht die Fristversäumung jedoch nicht allein. Den Prozeßbevollmächtigten trifft daran vielmehr, wie das Berufungsgericht zutreffend angenommen hat, auch ein eigenes Verschulden. **Dieser hatte zwar keinen Anlaß, sich noch am selben Tage der - wie es schien nicht fristgebundenen - Bearbeitung der ihm vorgelegten Akten zu widmen. Gleichwohl erfordert es die Sorgfalt eines Rechtsanwalts, sich auch in Sachen, die ihm als nicht fristgebunden vorgelegt werden, in angemessener Zeit durch einen Blick in die Akten wenigstens davon zu überzeugen, um was es sich handelt und wie lange er sich mit der Bearbeitung Zeit lassen kann.** Auch in solchen Fällen darf der Rechtsanwalt die ihm vorgelegten Akten jedenfalls nicht eine Woche lang gänzlich unbeachtet lassen.

Hätte der Prozeßbevollmächtigte daher, wie es geboten war, innerhalb einer Woche einen Blick in die Akten geworfen, hätte er unschwer feststellen können, daß bis zum 14.3.1997 eine Berufungsbegründung einzureichen war. Es geht daher hier nicht, wie der Beschwerdeführer meint, um die Frage, ob der Rechtsanwalt bei jeder Vorlage der Akten den Ablauf von Rechtsmittelbegründungsfristen eigenverantwortlich prüfen muß (vgl. dazu BGH, Beschl. v. 11.12.1991 - VIII ZB 38/91, NJW 1992, 841 = GI 1992, 238; v. 11.2.1992 - VI ZB 2/92, NJW 1992, 1632; BAG, Beschl. v. 20.6.1995 - 3 AZN 261/95, NJW 1995, 3339, 3340).

Da der Prozeßbevollmächtigte somit durch eigenes Verschulden zur Fristversäumung beigetragen hat, muß die Beschwerde mit der Kostenfolge aus § 97 ZPO zurückgewiesen werden.

Grenzen der Werbung des Steuerberaters

- Unlauterer Wettbewerb
 - Erlaubte Selbstdarstellung
- (BGH, Urt. v. 28.11.1996 - I ZR 184/94)

Leitsatz:

Zur Frage der Wettbewerbsförderungsabsicht bei einem in einem Pressebericht über eine bestimmte, als steuerlich vorteilhaft dargestellte Kapitalanlage enthaltenen Hinweis der Redaktion, für die Rechts- oder Steuerberatung bei der Ausarbeitung des Vertrags einen „versierten Ansprechpartner“ benennen zu können.

Aus den Gründen:

I. - II. (...)

III.

Der Revision ist indessen darin beizutreten, daß das Verlangen des Klägers einer materiell-rechtlichen Grundlage entbehrt und deshalb das angefochtene Urteil keinen Bestand haben kann. Der Beklagten ist wettbewerbswidriges Verhalten im Sinne des § 1 UWG nicht vorzuwerfen. Auch eine Haftung der Beklagten als Störerin im Wettbewerb der Rechtsanwälte und Steuerberater scheidet aus.

Der Beurteilung des Berufungsgerichts, die Beklagte habe in der Absicht gehandelt, fremden Wettbewerb, nämlich den bestimmter Rechtsanwälte oder Steuerberater, zu fördern, kann nicht beigetreten werden. Den vom Berufungsgericht getroffenen Feststellungen und dem Klagevorbringen lassen sich insoweit keine hinreichenden Anhaltspunkte entnehmen. Eine wettbewerbsrechtliche Haftung als Störer, welche eine Wettbewerbsförderungsabsicht nicht voraussetzt, scheidet aus Rechtsgründen aus. Es mangelt nämlich an einem wettbewerbswidrigen Verhalten eines Dritten – hier eines Rechtsanwalts oder eines Steuerberaters –, das durch den beanstandeten Artikel der Beklagten veranlaßt sein könnte.

1. Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, daß der Unterlassungsanspruch aus § 1 UWG nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ein Handeln der Beklagten im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs voraussetzt (vgl. BGH, Urt. v. 12.10.1989 – I ZR 29/88, GRUR 1990, 373, 374 = WRP 1990, 270 – *Schönheits-Chirurgie m.w.N.*). **Ein solches Handeln liegt vor, wenn das Verhalten objektiv geeignet ist, den Absatz oder die Dienstleistung einer Person zum Nachteil einer anderen zu begünstigen, und wenn der Handelnde zusätzlich in subjektiver Hinsicht in der Absicht vorgegangen ist, den eigenen oder – was hier allein in Betracht kommt – fremden Wettbewerb zu fördern.**

a) Es ist rechtlich unbedenklich, den Bericht der Beklagten als **objektiv geeignet anzusehen, den Wettbewerb der Rechtsanwälte oder Steuerberater zu fördern, welche die Beklagte auf Anfrage interessierten Lesern nennt**. Die insoweit bestehende objektive Eignung des Berichts zur Wettbewerbsförderung und auch das – unterstellt – vorhandene Bewußtsein des Verfassers des Berichts von einer entsprechenden Wettbewerbswirkung lassen indessen nicht die Vermutung zu, daß die Beklagte bei ihrer redaktionellen Berichterstattung auch in entsprechender Wettbewerbsförderungsabsicht gehandelt habe.

b) Das Berufungsgericht hat bei seiner Beurteilung nicht hinreichend beachtet, daß bei einem Presseunternehmen, das über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informiert, in der Regel eine Absicht, damit fremden Wettbewerb zu fördern, nicht angenommen werden kann. Der Schutz der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG gebietet eine zurückhaltende Beurteilung der Frage, ob ein

Presseunternehmen in der Absicht handelt, fremden Wettbewerb zu fördern.

Allein die objektive Eignung von Presseäußerungen, auch zur Förderung des Wettbewerbs beizutragen, läßt noch nicht den Schluß zu, der Journalist handele mit der Absicht, fremden Wettbewerb zu unterstützen. Die Freiheit der journalistischen Berichterstattung entzieht diese weitgehend einem wettbewerbsrechtlich begründeten Verbot (BGH, Urt. v. 20.3.1986 – I ZR 13/84, GRUR 1986, 812, 813 = WRP 1986, 547 – *Gastroteilnehmer*; Urt. v. 22.5.1986 – I ZR 72/84, GRUR 1986, 898, 899 – *Frank der Tat*; Urt. v. 10.11.1994 – I ZR 216/92, GRUR 1995, 270, 272 = WRP 1995, 186 – *Dubioses Geschäftsgeheimnis*).

Daher hätte es besonderer Umstände für die Annahme bedurft, daß die Beklagte bei der Veröffentlichung des beanstandeten Artikels mit der Darstellung der Zerobond-Vereinbarung die interessierte Öffentlichkeit nicht nur über eine steuerrechtlich günstige Geldanlage habe informieren wollen – wozu auch der Hinweis auf weiterführenden rechtlichen Rat durch Experten gehört –, sondern dabei auch von der Absicht geleitet gewesen sei, in den durch das jeweilige Berufsbild geprägten Wettbewerb unter Rechtsanwälten und Steuerberatern einzugreifen. Solche Umstände sind im Streitfall indessen nicht gegeben.

Bei der Feststellung des für die Annahme einer Wettbewerbsförderungsabsicht der Beklagten maßgeblichen Sachverhalts hat das Berufungsgericht im Ausgangspunkt zutreffend angenommen, daß die Beklagte mit dem beanstandeten Hinweis zu erkennen gibt und beabsichtigt, den Lesern des „s.“ bei Bedarf einen oder mehrere bestimmte, außerhalb der Redaktion stehende Rechtsanwälte oder Steuerberater zu nennen, die sie als versiert zur Beratung in der angesprochenen Zerobond-Frage erachtet. Auf diesen Aussagegehalt des beanstandeten Textteils beschränkt sich jedoch die wettbewerbsrechtliche Beurteilung. Für ein darüber hinausreichendes Verständnis, wie es der Entscheidung des Berufungsgerichts zugrunde liegt, fehlen nämlich, wie die Revision zutreffend rügt, im Beitrag der Beklagten konkrete Anhaltspunkte.

Die Annahme des Berufungsgerichts, die Beklagte „offeriere“ ihren Lesern „bestimmte Rechtsanwälte oder Steuerberater“ gleich mit, findet im unterbreiteten Sachverhalt keine Stütze. **In dem Bericht über die steuerlichen**

Vorteile der Zerobond-Anleihe wird weder ein Rechtsanwalt noch ein Steuerberater namentlich genannt. Die Beklagte kündigt darin lediglich an, im Bedarfsfall auf Anfrage des Lesers, einen versierten Fachmann zu benennen.

Zutreffend wendet sich die Revision auch gegen die Auslegung des Berufungsgerichts, der Satz: „Die Redaktion nennt Ihnen bei Bedarf gern einen versierten Ansprechpartner“ könne für den interessierten Leser nur bedeuten, daß er mit dem ausgewählten Rechtsanwalt oder Steuerberater ein Mandatsverhältnis eingehen solle und es zu unterlassen habe, sich bei Bedarf einen anderen Rechtsanwalt oder Steuerberater zu suchen. Dem beanstandeten Text ist lediglich zu entnehmen, daß bei einer entsprechenden Anfrage namentliche Empfehlungen ausgesprochen werden, welche der Rechtssuchende befolgen kann, aber nicht muß.

Eine solche Empfehlung mag zur Folge haben, daß der Zerobond-Interessent einen Rechtsrat eines von der Beklagten empfohlenen Anwalts einholt und nicht seinen ständigen Rechts- oder Steuerberater dazu befragt. **Entgegen der Beurteilung des Berufungsgerichts kann daraus indessen nicht gefolgert werden, die Beklagte habe damit für bestimmte Einzelfälle und zugunsten bestimmter Rechtsanwälte oder Steuerberater zu Lasten anderer um Kundenschaft nachgesucht, also eine gezielte Direktwerbung betrieben.**

c) Es verbleibt sonach allein die Feststellung, daß die Beklagte keinen unmittelbaren Kontakt der Leser ihres Berichts mit einem bestimmten Rechtsanwalt oder Steuerberater herstellt, **vielmehr die Initiative zur Kontaktaufnahme dem jeweiligen Interessenten überläßt**, der sich in der Anonymität ungezwungen entscheiden kann, ob er sich überhaupt an die Beklagte und gegebenenfalls an den empfohlenen Anwalt wenden soll. Für diesen Fall läßt sich eine über die redaktionelle Information hinausreichende Wettbewerbsförderungsabsicht der Beklagten nicht feststellen.

2. Eine Unterlassungspflicht der Beklagten ergibt sich entgegen der Beurteilung des Berufungsgerichts auch nicht aus dem **Gesichtspunkt der Störerhaftung**. Die Störerhaftung erfordert beim Störer zwar nicht die subjektive Einstellung, fremden Wettbewerb zu fördern, sie setzt aber jedenfalls voraus, daß ein Wettbewerbsverstoß des Dritten gegeben ist (BGH, *Urt. v. 12.10.1989 - I ZR 29/88, GRUR 1990, 373, 374*

= WRP 1990, 270 - Schönheits-Chirurgie; *Urt. v. 3.11.1994 - I ZR 122/92, GRUR 1995, 62, 64 - Betonherhaltung; Urt. v. 10.10.1996 - I ZR 129/94 - Architektenwettbewerb, zur Veröffentlichung bestimmt*). An einem solchen fehlt es hier indessen.

Ein Rechtsanwalt oder Steuerberater betreibt nämlich keine seinem Berufsbild fremde Werbung, wenn er nicht dagegen einwirkt, daß in Publikationsorganen im Rahmen einer die Öffentlichkeit interessierenden Berichterstattung seine berufliche Leistungsfähigkeit oder die Schwerpunkte seiner Tätigkeit sachlich richtig dargestellt werden (BVerfG, NJW 1992, 1613, 1614; BGH, *Urt. v. 13.9.1993 - AnwSt (R) 6/93, NJW 1994, 141*). Dies gilt im Einzelfall selbst dann, wenn die Presse ohne Zutun des Dritten eine journalistisch pointierte Ausdrucksweise wählt (BVerfG, NJW 1994, 123 betr.: „Mietrechtsspezialist“). Einem Rechtsanwalt oder Steuerberater ist es aus Wettbewerbsgründen auch nicht verwehrt, einem um Rechtsrat Nachsuchenden die sachlich richtige Information über seine Leistungsfähigkeit und die Schwerpunkte seiner Tätigkeit zu geben (BVerfG, NJW 1995, 775; NJW 1995, 712; BGH, *Urt. v. 16.6.1994 - I ZR 66/92, GRUR 1995, 422, 423 - Kanzleieröffnungsanzeige; Urt. v. 18.1.1996 - I ZR 15/94, WRP 1996, 288, 289 - Tätigkeitsschwerpunkte*).

Der dem beanstandeten Artikel zu entnehmende werbende Inhalt, bei Bedarf einen auf dem dargestellten Sachgebiet kundigen Rechts- oder Steuerberater benennen zu können, geht nicht über die Grenzen des Rechts zur Selbstdarstellung der genannten freien Berufe hinaus. Die Annahme des Berufungsgerichts, das Verhalten der Beklagten sei geeignet, das Bild dieser freien Berufe „in Zweifel“ zu ziehen, entbehrt somit der rechtlichen Grundlage und vermag das auf § 1 UWG i.V. mit § 43b BRAO und § 57a StBerG gestützte Verbot nicht zu tragen.

3. Das vom Berufungsgericht bestätigte landgerichtliche Verbot ist auch nicht aus § 8 StBerG herzuleiten. Es fehlt schon an den objektiven Voraussetzungen dieser Norm. Nach dem Vorgesagten läßt sich nämlich **nicht feststellen, daß die Beklagte unaufgefordert Dienste Dritter zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen anbietet.**

IV.

Nach alledem ist auf die Revision das Berufungs-urteil aufzuheben, das landgerichtliche Urteil abzuändern und die Klage insgesamt abzuweisen.

Versicherungsschutz

- Treuhänder
- Wissentliche Pflichtverletzung, § 4 Ziff. 6 AVB
- Verstoß gegen fundamentale Grundregeln
(*OLG Köln, Urt. v. 28.1.1997 - 9 U 62/96, r+s 1997, 496*)

Leitsätze:

1. Voraussetzung für einen wissentlichen Pflichtverstoß i.S.v. § 4 Nr. 6 der Allgemeinen Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Angehörigen der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (AVB-WB) ist (nur), daß dem Versicherungsnehmer ein bestimmtes Verhalten vorgeschrieben ist, er seine Pflicht gekannt hat und der Pflichtenverstoß für den Schaden ursächlich geworden ist. Vorsatz i.S.d. § 152 VVG, der auch die Schadenfolgen umfassen muß, ist dagegen nicht erforderlich.

2. Es ist davon auszugehen, daß Vorschriften, die speziell die berufliche Tätigkeit der versicherten Person betreffen, dieser geläufig sind. Der objektive Verstoß gegen eine fundamentale Grundregel der beruflichen Tätigkeit der versicherten Person (hier: Treuhänder) läßt auf ein wissentliches Handeln schließen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist ein in D. ansässiger Steuerberater. Er unterhält bei der Beklagten eine Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden, der die Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Angehörigen der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (im folgenden: AVB-WB) zugrunde liegen. Durch Nachtrag Nr. 3 vom 28.10.1983 wurde der Versicherungsvertrag dahingehend modifiziert, daß die Deckungssumme auf 500.000 DM erhöht wurde. Ferner liegen die Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (im folgenden nur: Besondere Bedingungen) dem Vertragsverhältnis zugrunde.

Gem. Ziff. 1.1 dieser Besonderen Bedingungen ist versichert die gesetzliche Haftpflicht aus Beratung und Vertretung in Steuersachen sowie Hilfeleistung bei Bearbeitung von Steuerangelegenheiten und bei Erfüllung von steuerlichen Pflichten. Mitversichert ist nach Ziff. 2.1.8 der

Besonderen Bedingungen die Tätigkeit als gesetzlicher oder rechtsgeschäftlicher, nur aufsichtsführender Treuhänder. Gem. Ziff. 5 III Abs. 1 erstreckt sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche, die dadurch entstehen, daß der Versicherungsnehmer im Bereich eines unternehmerischen Risikos, das sich im Rahmen der Ausübung einer versicherten Tätigkeit ergibt, einen Verstoß begeht, z.B. ... als geschäftsführender Treuhänder.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht ein Anspruch auf Erstattung der Beträge, die er aufgrund des Urteils des OLG D. vom 7.7.1992 an die Mitglieder der Bauherrengemeinschaft K.-Straße zu erbringen hatte, aus §§ 1, 49, 149 VVG i.V.m. § 1 AVB-WB nicht zu.

Die Beklagte ist ... nach § 4 Nr. 6 AVB-WB leistungsfrei. Nach dieser Vorschrift bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schadenstiftung **durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonst wissentliche Pflichtverletzung**. Bei dieser Bestimmung handelt es sich um einen subjektiven **Risikoausschluß** (*BGH, r+s 1987, 99 = VersR 1987, 174, 175; r+s 1991, 45, 46 = GI 1991, 33*), gegen dessen Wirksamkeit weder im Hinblick auf § 152 VVG, der in § 158a VVG nicht erwähnt und daher abdingbar ist, noch unter dem Gesichtspunkt des § 9 AGBG Bedenken bestehen (*BGH, r+s 1991, 45, 47 = GI 1991, 33; OLG Köln, r+s 1989, 213 f = GI 1989, 156*).

Voraussetzung für einen wissentlichen Pflichtverstoß i.S.v. § 4 Nr. 6 AVB-WB ist nur, daß dem Versicherungsnehmer ein bestimmtes Verhalten vorgeschrieben ist (*BGH, r+s 1987, 99 = VersR 1987, 174, 175*), **er seine Pflicht gekannt hat und der Pflichtenverstoß für den Schaden ursächlich geworden ist** (*BGH, r+s 1991, 45, 46 = GI 1991, 33; OLG Köln, a.a.O.; OLG Hamm, r+s 1993, 249, 250; OLG Hamm, r+s 1996, 16*). Vorsatz i.S.d. § 152 VVG, der auch die Schadenfolgen umfassen muß, ist dagegen im vorliegenden Zusammenhang nicht erforderlich (*BGH und OLG Köln, a.a.O.; OLG Hamm, r+s 1993, 249, 250*). Versicherungsschutz besteht mithin auch dann nicht, wenn der Versicherungsnehmer überzeugt war oder hoffte, durch sein Handeln werde kein Schaden entstehen (*BGH, a.a.O.*).

Dem Kläger ist einzuräumen, daß eine wissentliche Pflichtverletzung nicht bereits aufgrund

des Urteils des OLG D. im Haftpflichtprozeß mit bindender Wirkung für den Deckungsprozeß feststünde. Denn das OLG D. hat nicht ausdrücklich festgestellt, daß der Kläger gegen eine ihm bekannte Pflicht wissentlich verstoßen habe. Allerdings erstreckt sich ... die **Bindungswirkung des Urteils im Haftpflichtprozeß** für den Deckungsprozeß auch auf einzelne im Haftpflichturteil getroffene Feststellungen. Zu Recht hat das LG in dem angefochtenen Urteil ausgeführt, daß die mit bindender Wirkung im Haftpflichtprozeß festgestellten sowie die zwischen den Parteien unstreitigen Tatsachen aber den Schluß darauf zulassen, daß dem Kläger ein konkretes Verhalten vorgeschrieben war, er diese Pflicht kannte, gegen diese verstoßen hat und der Verstoß für den eingetretenen Schaden ursächlich geworden ist.

a) Dem Kläger oblag nach den Feststellungen des OLG D. dienstvertraglich die Aufgabe, **Abflüsse von dem Kreditkonto** der Bauherrengemeinschaft K.-Straße – gemeinsam mit dem Bauherrn T. – **zu kontrollieren und zu steuern**. Dabei oblag es ihm, die Einhaltung des projektierten Gesamtaufwandes sicherzustellen und hierbei insbesondere darauf zu achten, daß angeforderte Gelder tatsächlich für das Bauvorhaben K.-Straße benötigt wurden.

Über diese allgemein umschriebenen Pflichten des Klägers hinaus haben die Bauherren mit Schreiben des Bauherrn T. vom 19.7.1982 zum Ausdruck gebracht, daß die Bauherrengemeinschaft K.-Straße nicht gewillt war, die Obergesellschaft zu subventionieren und vorangegangene Verluste auszugleichen. Diese Anweisung war dem Kläger auch bekannt, er hat sie sich in seinem Schreiben vom 8.8.1983 an die O.-KG zu eigen gemacht.

b) Gegen diese ihm obliegenden Pflichten, insbesondere die Obergesellschaft nicht zu subventionieren und dort entstandene Verluste nicht auf Kosten der Bauherrengemeinschaft K.-Straße auszugleichen, hat der Kläger verstoßen. Die Pflichtverletzung des Beklagten hat auch kausal zu einem Schaden der Bauherrengemeinschaft geführt.

c) Einen „wissentlichen“ Verstoß gegen die vorgenannten Pflichten hat das OLG allerdings – weil es hierauf nicht ankam – nicht festgestellt. **Es wird jedoch schon im allgemeinen davon ausgegangen werden können, daß bei Verstößen gegen Vorschriften, die speziell die berufliche Tätigkeit der versicherten Person**

betreffen, dieser die Vorschriften geläufig sind (so OLG Köln, VersR 1990, 193, 194 = Gl 1989, 156).

Das ist vorliegend der Fall, da es als selbstverständliche **Pflicht eines Treuhänders** angesehen werden kann, die Vermögensinteressen der Treugeber wahrzunehmen, jede unberechtigte Auszahlung zu vermeiden und diesbezügliche Weisungen des Treugebers zu befolgen. Zugleich betrifft der Pflichtenverstoß des Klägers somit eine fundamentale Grundregel seiner Tätigkeit als Treuhänder. **In derartigen Fällen läßt allein schon der objektive Verstoß gegen diese Grundregel ohne jeden Zweifel auf ein wissentliches Handeln schließen** (so OLG Köln, a.a.O., sowie r+s 1989, 213 f = Gl 1989, 156; ebenso OLG Saarbrücken, r+s 1992, 336).

Daß der Kläger sich vorliegend konkret seiner Pflichten bewußt war, hat das LG im angefochtenen Urteil im übrigen überzeugend ausgeführt. Ergänzend wird noch folgendes ausgeführt: Seit dem Schreiben des Bauherrn T. vom 19.7.1982 und demjenigen des Klägers vom 8.8.1983 hatte sich – worauf die Beklagte zu Recht hinweist – nichts verändert, was zu einer anderen Sicht hinsichtlich einer eventuellen Nachschußpflicht der Bauherrengemeinschaft K.-Straße gegenüber der Obergesellschaft und zu einer anderen Bewertung hätte Veranlassung geben können. Auch der Kläger trägt hierfür keine Anhaltspunkte vor. Im Gegenteil hat er noch im vorprozessualen Anspruchsschreiben vom 16.10.1992 vortragen lassen, es habe sich bei den Überweisungen um „eine Art Nothilfe“ gehandelt.

Zu Recht führt das LG im angefochtenen Urteil auch aus, daß gewichtige Indizien dafür sprechen – ohne daß es hierfür letztlich darauf ankäme –, daß der Kläger durch die Überweisungen in Wahrheit **eigene Honorarinteressen** verfolgte. Denn schon mit seinem Schreiben vom 11.11.1983, mit dem er die „Gesamtabrechnung“ für die einzelnen Bauherren zum Honorar von insgesamt 175.560 DM anbot, meinte der Kläger selbst, dieses Honorar sei – vorbehaltlich einer späteren „Ausgleichsabrechnung“ bezüglich der anderen Gemeinschaften – „aus dem Dispo-Kredit der Gemeinschaft K.-Straße zu zahlen“. **Daß es hierfür keine Rechtsgrundlage gab, hat das OLG D. im Haftpflichtprozeß bindend ausgeführt.**

Die Angriffe des Klägers mit der Berufungsbeurteilung gegen die Ausführungen des LG im angefochtenen Urteil betreffend eine wissent-

liche Pflichtverletzung gehen ins Leere. Der Kläger führt insoweit im wesentlichen aus, Vorsatz sei ihm nicht anzulasten, weil er ohne Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt und die Schadenfolgen nicht gekannt und gebilligt habe. Dies wie seine Behauptung, er habe geglaubt, die Bauherrengemeinschaft K.-Straße schulde der Obergesellschaft noch rund 394.000 DM, ist jedoch rechtlich unerheblich. Denn sie betrifft nur die Frage, ob der Kläger vorsätzlich, und zwar auch in bezug auf den eingetretenen Schaden, handelte.

Hierauf kommt es aber – wie bereits ausgeführt – im Rahmen des § 4 Nr. 6 AVB-WB nicht an. Nur am Rande sei deshalb darauf hingewiesen, daß der Kläger selbst nicht vorgetragen hat, ein möglicher Anspruch der Obergesellschaft gegen die Bauherrengemeinschaft K.-Straße sei im Dezember 1983 fällig gewesen. Auf einen nicht fälligen Anspruch der Obergesellschaft durfte der Kläger jedoch Zahlungen nicht erbringen.

Denn wie der Kläger in erster Instanz selbst ausgeführt hat, war es ungewiß, ob der Obergesellschaft zur Verfügung gestellte Gelder für den Fall, daß sie nach der erst noch zu erstellenden Gesamtabrechnung nicht geschuldet sein sollten, zurückzuerlangen waren.

Nach alledem hat der Kläger wissentlich i.S.d. § 4 Nr. 6 AVB-WB gegen die ihm obliegenden konkreten Pflichten verstoßen, so daß die Beklagte nicht zur Deckung verpflichtet ist.

Anmerkung: Zur wissentlichen Pflichtverletzung durch ungeprüfte Auszahlung vom Notar-anderkonto vgl. OLG Hamm, GI 1997, 36.

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
- Rechtsprechungsänderung durch EuGH (hier: USt., Geldspielgeräte)
- Zeitschriften (IStR)
- Mitverschulden, Verbandsinformation (LG Tübingen, Urt. v. 26.9.1997 – 2 O 57/97, rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Mandant ist verpflichtet, Verbandsrundschreiben, die sich mit Musterstreitverfahren befassen, dem Steuerberater umgehend mitzuteilen.

2. Kenntnisse des Mandanten aus Verbandsinformationen lassen Beratungsbedarf entfallen.

3. Die Zeitschrift „Internationales Steuerrecht“ muß bei der Abwicklung inländischer Mandate i.d.R. nicht ausgewertet werden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten aus dem Gesichtspunkt der Schlechterfüllung des zwischen den Parteien bestandenen Steuerberatungsvertrages auf Schadenersatz in Anspruch.

Die Klägerin, Inhaberin eines Automatenaufstellbetriebes, wurde vom Beklagten steuerlich beraten. Hierzu gehörte auch die Umsatzbesteuerung der Klägerin im Bereich der Geldspielautomaten. Die Umsatzsteuererklärungen der Klägerin für die Jahre 1988 bis 1991 wurden nach der im März 1993 bei der Klägerin durchgeführten Außenprüfung durch Bescheid des Finanzamts N. vom 4.8.1993 für endgültig erklärt und sind, da Einspruch nicht eingelegt wurde, seit 7.9.1993 bestandskräftig geworden.

Durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 5.5.1994, veröffentlicht am 26.7.1994 (*Bundessteuerblatt II 1994, 548*), entschied dieser, aufgrund der EG-Richtlinie 77/388 vom 17.5.1977 seien, entgegen der bis dahin in der BRD herrschenden Praxis der Finanzbehörden, für die Umsatzsteuerbemessung nicht die in die Automaten eingeworfenen Einsätze, sondern vielmehr die nach Abzug der (gesetzlich vorgeschriebenen) Gewinnausschüttungen verbleibenden (dem Kasseneinhalt entsprechenden) Nettoeinsätze maßgeblich. Diese, für die Automatenaufsteller wesentlich günstigere Bewertung führte in der Folgezeit auch zu einer entsprechenden Änderung der Handhabung der deutschen Finanzverwaltung unter Einbeziehung bereits ergangener Umsatzsteuerbescheide, sofern diese noch nicht bestandskräftig waren.

Die Klägerin trägt vor, die Änderung der Rechtsprechung im Bereich der Umsatzbesteuerung habe sich Ende 1992/Anfang 1993 aufgrund entsprechender Veröffentlichungen in den Neuen Wirtschaftsbriefen vom 2.11.1992 bzw. in der Zeitschrift „Internationales Steuerrecht“ (Heft 3 des Jahrgangs 1993) abgezeichnet. Dies habe der Beklagte erkennen können und demgemäß gegen die damals noch nicht bestandskräftigen Umsatzsteuerbescheide Einspruch einlegen müssen. Überdies sei der Beklagte durch den

Geschäftsführer der Klägerin mehrfach, auch im Rahmen der Außenprüfung im März 1993, auf die Problematik der Umsatzbesteuerung bzw. entsprechende Rundschreiben des Verbandes der Automatenaufsteller hingewiesen worden. Dennoch habe er gegen den Bescheid des Finanzamts N. vom 4.8.1993 pflichtwidrig keinen Einspruch eingelegt.

Der Beklagte sei daher zum Ersatz des der Klägerin entstandenen Schadens, entsprechend den Umsatzsteuererstattungsansprüchen der Klägerin für die Jahre 1988 bis 1991 in Höhe von insgesamt 351.654 DM, verpflichtet.

(Anträge ...)

Der Beklagte macht geltend, erst durch die maßgebliche Entscheidung des EuGH vom 5.5.1994 habe sich die der ständigen Rechtsprechung des BFH entsprechende langjährige Bemessungspraxis der Finanzbehörden geändert. Auch aus den klägerseits vorgelegten Veröffentlichungen in den Neuen Wirtschaftsbriefen und der IStR (die der Beklagte nicht beziehe) habe sich eine Änderung der gesicherten Rechtslage nicht ergeben.

Zudem sei der Beklagte seitens der Klägerin weder auf die Problematik hingewiesen worden noch habe er Weisung erhalten, gegen die Bescheide Einspruch einzulegen, obschon die Klägerin aufgrund des Rundschreibens ihres Verbandes vom 15.2.1993 über hinreichende Eigenkenntnisse verfügt habe. Das Rundschreiben sei dem Beklagten vielmehr erstmals per Fax am 26.7.1994 übermittelt worden. Mangels Pflichtverletzung scheide daher eine Haftung aus. Dem Klagebegehren stehe überdies die Einrede der Verjährung sowie unzureichende Substantiierung nach Grund und Höhe entgegen. (...)

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet; ein Schadenersatzanspruch wegen schuldhafter Verletzung des Steuerberatervertrages steht der Klägerin gegen den Beklagten nicht zu.

1. Ein pflichtwidriges Unterlassen des Beklagten scheidet schon deshalb aus, weil dieser vor dem Eintritt der Bestandskraft der streitgegenständlichen Umsatzsteuerbescheide am 7.9.1993 keine Kenntnis von einer sich abzeichnenden Änderung der einschlägigen Rechtsprechung hatte und auch nicht haben mußte.

a) Mit dem Beklagten ist die Kammer der Auffassung, daß sich der **Mitteilung in den Neuen Wirtschaftsbriefen vom 2.11.1992** nicht entnehmen ließ, daß mit einem Wandel der umsatzsteuerlichen Rechtsprechung und Praxis zugunsten der Automatenaufsteller zu rechnen sei. Obschon dort die Frage der EG-Rechtswidrigkeit aufgeworfen und auf einen „bundesweiten Musterrechtsbehelf“ hingewiesen worden war, ergab sich hieraus im damaligen Zeitpunkt noch keine Pflicht des Beklagten, die Klägerin im Rahmen des bestehenden Mandates darauf hinzuweisen.

b) Ob sich aus dem von der Klägerin weiter vorgelegten Beschluß des FG Hamburg vom 22.12.1992 (*Vorlage an den EuGH, veröffentlicht in Heft 3 der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Internationales Steuerrecht“ im Jahre 1993*) eine abweichende Handlungspflicht des Beklagten herleiten ließe, kann dahingestellt bleiben, nachdem **der Beklagte, wie die Steuerberaterkammer Stuttgart bestätigte, zur Auswertung der IStR im Rahmen des vorliegenden Mandates nicht verpflichtet war.**

c) Die vom Geschäftsführer der Klägerin im Termin am 24.4.1997 bestätigte Einlassung der Klägerin, der Beklagte sei „mehrfach mündlich“ auf die in den Mitteilungen des Verbandes der Automatenaufsteller wiederholt aufgezeigte Problematik hingewiesen worden, vermochte eine dahingehende Überzeugung der Kammer nicht zu begründen. Der Darlegung des Beklagten, das fragliche Rundschreiben des Verbandes vom 15.2.1993 sei ihm erstmals am 26.7.1994 von der Klägerin per Fax übermittelt worden, ist die Klägerin nicht entgegengetreten. Ferner hat diese keinen Beweis für ihre Behauptungen angeboten (etwa durch Benennung des Prüfers), der Beklagte sei auch im Rahmen der Betriebsprüfung im März 1993 auf die Problematik hingewiesen worden.

Damit fehlt es bereits am Nachweis der bestehenden maßgeblichen Kenntnis bzw. des Kennenmüssens des Beklagten vor dem Eintritt der Bestandskraft der Umsatzsteuerbescheide. Ein pflichtwidriges Untätigbleiben des Beklagten ist daher zu verneinen.

2. Darüber hinaus steht der Inanspruchnahme des Beklagten vorliegend **die von der Klägerin selbst dargelegte dezidierte Eigenkenntnis derselben entgegen.** Aufgrund der in den der Klägerin bekannten **Rundschreiben ihres Verbandes** enthaltenen Hinweisen bezüglich der

erwarteten Änderung der umsatzsteuerlichen Bemessung und Bewertung der Geldspielautomaten zugunsten der Aufsteller bestand insofern **kein Beratungsbedarf** der Klägerin (vgl. BGH, NJW 1977, 2073 f.). Vielmehr war diese selbst in der Lage und gehalten, zur Vermeidung des Bestandskräftigwerdens der Steuerbescheide, wie vom Verband ausdrücklich empfohlen, Einsprüche einzulegen bzw. den Beklagten gegebenenfalls entsprechend zu instruieren, was nicht geschah.

Hierin sieht die Kammer eine eklatante Verletzung der die Klägerin aufgrund der gegebenen Umstände treffenden Mitwirkungspflichten, die – in entsprechender Anwendung des Rechtsgedankens des § 254 Abs. 1 BGB – zur haftungsausschließenden Alleinverantwortlichkeit der Klägerin bezüglich des geltend gemachten Steuerschadens führt (vgl. BGH, NJW 1992, 307, 309 = GI 1992, 59; NJW 1994, 379 = GI 1994, 67).

3. Demgegenüber steht dem Klagebegehren nicht die vom Beklagten erhobene **Verjährungseinrede** entgegen.

Daß die aufgrund des Bescheides des Finanzamts N. vom 4.8.1993 am 7.9.1993 bestandskräftig gewordenen Steuerbescheide wegen zu hoher Festsetzung der jeweiligen Umsatzsteuerschuld der Klägerin geeignet waren, einen steuerlichen Schaden der Klägerin zu begründen, bildet vorliegend keinen geeigneten Anknüpfungspunkt für den Beginn der Anspruchsverjährung gemäß § 68 StBerG, da der **Schaden** (und damit der Primäranspruch der Klägerin) **erst aufgrund der Entscheidung des EuGH vom 5.5.1994 definitiv entstanden ist** (vgl. BGH, NJW-RR 1992, 110, 113).

Im Zeitpunkt der Einleitung des Mahnverfahrens durch die Klägerin im Dezember 1996 war daher der Primäranspruch noch nicht verjährt. Ob darüber hinaus die Voraussetzungen eines Sekundäranspruchs gegeben wären, kann somit dahingestellt bleiben.

4. Gleiches gilt hinsichtlich der weiteren Einwendungen des Beklagten, das Klagevorbringen entbehre hinsichtlich des maßgeblichen Mandatsinhaltes sowie der Darlegung der Höhe des geltend gemachten Steuerschadens der zureichenden Substantiierung.

Versicherungsschutz

- nach Tod des Steuerberaters
 - Ausschlagung der Erbschaft
 - Anspruch des Mandanten
- (AG Düsseldorf, Urt. v. 22.1.1997 – 28 C 16886/96, NJW-RR 1997, 922)

Leitsatz:

Ein Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater, für den dessen Haftpflichtversicherer eintreten mußte, ist nach dem Tod des Steuerberaters, Ausschlagung der Erbschaft und Nichteröffnung des Nachlaßkonkurses mangels Masse dadurch zu realisieren, daß der Geschädigte den Anspruch der unbekannten Erben gegen die Haftpflichtversicherung pfändet und sich überweisen läßt.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger führte gegen den Steuerberater K. einen Schadenersatzprozeß wegen steuerlicher Falschberatung. Der Steuerberater unterhielt eine Berufshaftpflichtversicherung bei der Beklagten. Während des Schadenersatzprozesses vor dem AG Villingen/Schwenningen verstarb der Steuerberater.

Nachdem sämtliche Erben der 1. und 2. Ordnung die Erbschaft ausgeschlagen hatten, wurden die sodann unbekannten Erben durch einen Nachlaßpfleger vertreten. Dieser stellte wegen Überschuldung des Nachlasses einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens, der mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse abgewiesen wurde.

Durch Urteil des AG V./S. wurde der Nachlaßpfleger der unbekannten Erben verurteilt, an den Kläger 3.609,36 DM nebst 4% Zinsen seit dem 9.2.1991 zu zahlen. Die Beklagte lehnte die Schadenregulierung durch Versicherungsleistung ab, da keine Direktansprüche Dritter bestünden.

Auf Antrag des Klägers wurde vom AG V./S. ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluß gegen die unbekannten Erben des verstorbenen Herrn K. erlassen, nachdem zuvor den unbekannten Erben erneut ein Nachlaßpfleger bestellt worden war. Drittschuldner dieses Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses ist die Beklagte. Daraufhin hat der Kläger die Beklagte mit Erfolg auf Zahlung von 6.332,07 DM in Anspruch genommen.

Aus den Gründen:

Aufgrund des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses des AG V./S. vom 15.5.1996 steht dem Kläger gegen die Beklagte ein Anspruch auf Zahlung in Höhe von 6.332,07 DM zu. **Die unbekannten Erben, vertreten durch den ihnen zum Zweck der Entgegennahme des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses bestellten Nachlaßpfleger, haben einen Anspruch gegen die Beklagte auf Versicherungsleistung aus dem Versicherungsvertrag zwischen dem verstorbenen Steuerberater und der Beklagten.** Diese Forderung ist vom Kläger gepfändet und ihm zur Einziehung überwiesen worden.

Es kommt nicht darauf an, daß der Kläger selbst keine unmittelbaren Ansprüche gegen die private Haftpflichtversicherung des Verstorbenen, nämlich gegen die Beklagte, hat. Der Kläger hat sich die den unbekannten Erben zustehenden Ansprüche zur Einziehung überweisen lassen. Gründe dafür, daß sie gegenüber den unbekannten Erben leistungsfrei sei, hat die Beklagte nicht dargelegt. Auch die Höhe der geltend gemachten Forderungen hat sie nicht bestritten.

Bei der Einzelzwangsvollstreckung steht eine gepfändete Forderung nicht allen Nachlaßgläubigern zu gleichen Teilen zur Verfügung, sondern ausschließlich dem, der die Zwangsvollstreckung betreibt.

GI Leitsatz

Unerlaubte Rechtsbesorgung / IHK-Beiträge / Verwaltungsgerichtsverfahren

Die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen für die IHK ist keine Steuersache im Sinne von § 1 StBerG; im verwaltungsgerichtlichen Verfahren über die Rechtmäßigkeit eines solchen Mitgliedsbeitrags sind Steuerbevollmächtigte daher nicht zur Vertretung befugt, sofern es sich um keine Gefälligkeitsleistung, sondern um eine im Rahmen Ihres Berufs ausgeübte und damit im Sinne von Art. 1 § 1 Abs. 1 RBerG geschäftsmäßige Tätigkeit handelt.

(VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 6.9.1996 - 9 S 2152/96, RBeistand 1997, 63)

GI Hinweise

1. Die Europäische Anwaltsvereinigung hat die Ergebnisse der Jahrestagung 1996 zum Thema „Die Haftung des Rechtsanwaltes“ im Band 8 der DACH-Schriftenreihe zusammengefaßt. Der Verlag Dr. Otto Schmidt weist auf diese Neuerscheinung hin.

Folgende Themen werden erörtert:

Borgmann: Ausgewählte Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Anwaltshaftung nach deutschem Recht;

Schubert: Kann sich der Anwalt durch einen Prozeßbetrug strafbar machen?

Graf: Fragen der außervertraglichen Haftung des österreichischen Rechtsanwaltes, gezeigt am Beispiel des Vertragsverfassers;

Balcar: Die Haftung des Rechtsanwaltes nach tschechischem Recht;

Nigg: Zivilrechtliche Beratungs- und Aufklärungspflichten des Anwalts;

Schaub: Maßnahmen in der Anwaltskanzlei zur Vermeidung von Haftpflichtfällen.

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1997, 101 Seiten, DIN A 5, broschiert, DM 30,85, ISBN 3-504-65504-6

2. Der Beck Verlag legt ein für die Steuerpraxis geeignetes Erläuterungsbuch zu dem im März 1998 vom Bundesministerium für Finanzen vorgelegten Umwandlungssteuererlaß 1998 vor.

Die genaue Kenntnis des umfangreichen Erlasses ist für alle Praktiker unentbehrlich, die sich mit Umstrukturierungen befassen.

Das Buch zeichnet sich durch die Besonderheit aus, daß jeweils auf der linken Seite der Text des Erlasses und auf der rechten Seite die Erläuterung gegenübergestellt werden.

Das Werk behandelt die Steuerfolgen für Verschmelzungen, Spaltungen, Vermögensübertragungen, Formwechsel und Einbringung. Jede Textziffer des Erlasses wird erläutert.

Eingehende Literaturhinweise ermöglichen die eventuell notwendige Vertiefung. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis hilft bei gezielter Suche.

Dehmer, Umwandlungssteuererlaß 1998, Verlag C.H. Beck, 1998, 538 Seiten, kartoniert, DM 98,-, ISBN 3-406-43353-7

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1 - 9

Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- = Pflichtprüfung 98, 217
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

Abtretung

- Auszahlungsanspruch aus Anderkonto 98, 138

Anderkonto

- Auszahlungsanspruch
- = Abtretung des > 98, 138
- Pfändung 98, 138

Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB
- = Information des Versicherers 98, 148

Auskunftsvertrag

- Schaden
- = Vermögensdisposition 98, 34
- Telefonauskunft ohne Honorar 98, 123
- Vorsteuererstattung 98, 34

Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

Belehrungspflicht des RA

- Ausgleichsanspruch, Auslandsvertreter 98, 107
- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt
- = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu > 98, 9
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
- = Familienvertrag 98, 173
- = Verbandsinformationen 98, 227
- >, ungefragte
- = Dauermandat, Gestaltungsmöglichkeiten 98, 31
- Familienvertrag
- = Durchführung des > 98, 173
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

Beratung

- Umfang 98, 9

Berufungspflichtversicherung

- Rechtsanwalt
- = Einkommen, geringes 98, 190
- = Kanzlei in Italien 98, 29

Berufungsbegründung

- Darlegungslast 98, 168
- Streitgegenstände, mehrere 98, 168

Berufungsbegründungsfrist

- Fehler, offenkundige 98, 163
- Verlängerung, mündliche 98, 93
- Wiedereinsetzung 98, 3, 114

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung, irrtümliche 98, 143
- Parteiwechsel, gewillkürter 98, 143
- Urteilszustellung, unvollständige 98, 142

Berufungsschrift

- Falschbezeichnung, erkennbare 98, 143

Beschwerde, § 15 BNotO

- > wg. Anderkonto 98, 138

Beweis, § 286 ZPO

- 98, 198

Beweislast

- Aufklärung/Belehrung, unterlassene
- = Anscheinsbeweis 98, 36
- Erfüllung, Buchführungsvertrag 98, 67
- Schaden
- = Alternativverhalten, rechtmäßiges 98, 198
- = Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Zugang bei Gericht 98, 61

Bilanzerstellung

- Buchfälschung des Mandanten 98, 72
- Rechnungsabgrenzungsposten 98, 198

Bindungswirkung

- Auskunft des Finanzamts 98, 210

Buchführungsauftrag

- Erfüllung des > 98, 67

Darlegungslast

- Prozeßführungsfehler 98, 170

Dritthaftung

- Pflichtprüfung 98, 217
- Prüfungsauftrag 98, 72
- Vermögensaufteilung 98, 149
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Abschlußprüfung 98, 217
- = Gegenläufigkeit der Interessen 98, 217
- = Haftungsbeschränkung 98, 217
- = Pflichtprüfung 98, 217
- = Prüfungsauftrag 98, 8

Erlaß

- Wegfall der Bereicherung 98, 210

Familienverträge

- Mietvertrag mit Angehörigen
- = Durchführung des > 98, 173

Finanzamt

- Auskunft des >
- = Bindungswirkung 98, 210
- Rückforderungsanspruch des >
- = Wegfall der Bereicherung 98, 210

Finanzgerichtsklage

- Verfahrensfehler
- = Beweisaufnahme, unterlassene 98, 210

Freie Mitarbeiter

- Honoraranspruch 98, 16
- Wettbewerbsverbot 98, 16

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 98, 45, 221
- Auftragsannahme 98, 210
- Ausgangskontrolle 98, 166
- = Postausgangsfach 98, 22
- Ausnutzung der Frist 98, 43
- = Verkehrsunfall 98, 215

- Bote			
= Weisung	98, 19		
- Eingangsmitteilung des Gerichts	98, 214		
- Eingangsstempel	98, 61		
- Fristenkontrollbuch			
= Friststreichung	98, 20, 22		
- >, doppelte	98, 191		
- >, überobligationsmäßige	98, 191		
- Fristenüberwachung durch RA			
= > bei Aktenvorlage	98, 221		
= > vor Aktenvorlage	98, 191		
= > bei Vorfristablauf	98, 43		
- Fristlöschung	98, 166		
- Fristversäumnis, unverschuldetes			
= Brief an unzuständiges Gericht	98, 165		
= Falschadressierung	98, 77		
= Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel	98, 24		
= Verkehrsunfall	98, 215		
= Weiterleitung durch Gericht	98, 165		
- Hörfehler	98, 161		
- Organisationsanweisung			
= Darlegung, schlüssige	98, 25		
- Parteibezeichnung, irrtümliche	98, 143		
- Rechtsmittelauftrag	98, 210		
= an Kollegen	98, 161		
- Telefax, Telebrief			
= OK-Vermerk, Sendebericht	98, 166		
- Vorfrist	98, 43		
- Weisung an Bürokraft			
= Eindeutigkeit	98, 19		
- Zustellung, unvollständige	98, 142		
Geldspielgeräte			
- Rechtsprechungsänderung			
= Verbandsinformationen, Mitverschulden	98, 227		
Gesamtvollstreckung			
- Abtretung, Wirkung der >	98, 138		
- Vormerkung nach Konkurseröffnung	98, 138		
Geschäftsgrundlage			
- Vergleich, Rechtsirrtum	98, 36		
GI Aktuell			
- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer	98, 23		
- Arbeitsmittel	98, 54		
- Arbeitszimmer			
= Höchstbetrag	98, 54		
- Bausparkassen, vereinnahmte			
Abschlußgebühren	98, 132		
- Bewirtungskosten, Journalisten	98, 82		
- Bilanzveröffentlichung	98, 24		
- Doppelte Haushaltsführung	98, 81		
- Gemeinnützigkeit,			
Förderverein Motorsport	98, 28		
- Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage	98, 28		
- Gewerbesteuer, Goldschmied	98, 160		
- Grunderwerbsteuer	98, 160		
- Kindergeld, Auszahlung	98, 184		
- Kosten künstlicher Befruchtung	98, 2		
- Landesabfallabgabengesetz	98, 152		
- Notar, Beurkundung im Ausland	98, 132		
- Patentgebühren, Rechtsberatung?	98, 80		
- Postversand, Verrechnungsschecks	98, 178		
- Prozeßunterbrechung,			
Auslandskonkurs	98, 106		
- Sozietät RA/WP	98, 158		
- Trinkgelder, Lohnsteuer	98, 23		
- Umsatzsteuer			
= Abwasserbeseitigung	98, 178		
- Verfassungsbeschwerde,			
Mißbrauchsgebühr	98, 54		
- Vermietung, Liebhaberei	98, 2		
- Verpackungsteuer, kommunale	98, 152		
- Zwei-Konten-Modell	98, 28		
GmbH			
- Kapitalerhöhungsschwindel		98, 153	
Grundstückshandel			
- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen		98, 9	
Honoraranspruch des RA			
- Gebührenvereinbarung		98, 55	
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO		98, 55	
- Sittenwidrigkeit		98, 55	
Honoraranspruch des StB			
- Einnahme-/Überschußrechnung			
= > wg. Einkünften aus Kapitalvermögen	98, 147		
= > wg. nichtselbstständiger Arbeit	98, 147		
- Freie Mitarbeiter		98, 16	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Bestimmungsrecht, Festlegung	98, 46		
- Kündigung des StB-Vertrages		98, 170	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV			
= Änderung, nachträgliche	98, 46		
= >, niedrige	98, 46		
- Schlechtleistung		98, 170	
- Vorschriftspflicht		98, 170	
Insolvenzanfechtung			
- Sicherungsübereignung			
= > an RA und StB		98, 146	
Inventur			
- Anwesenheit des Abschlußprüfers		98, 72	
Investitionszulage			
- Auftrag zur Beantragung der >		98, 77	
- Unterschrift		98, 77, 154	
- Vordruck, amtlicher		98, 153	
Kausalität			
- Beratungsfehler, fehlende			
Mandanteninformation		98, 133	
- Fehler des Gerichts		98, 133	
- > zwischen Pflichtwidrigkeit			
und Schaden			
= Verhalten, beratungskonformes		98, 63, 107	
- Schutzzweck			
= Auskunftsfehler		98, 34	
- Unterbrechung der >			
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer		98, 115	
- Ursachenkette		98, 133	
Kenntnis des Steuerrechts			
- Zeitschriften			
= IStR		98, 227	
Konkursverwalter			
- Haftung			
= Umsatzsteuer, Checkliste		98, 101	
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs		98, 106	
Lohnsteuerhaftung			
- Erstattung vom Arbeitnehmer		98, 115	
Mitverschulden			
- Erfüllungsgehilfe des Mandanten		98, 36	
- Verbandsmitteilungen		98, 227	
Nachbesserung			
- Recht des StB		98, 115	
Notar			
- Anderkonto			
= Auszahlungsanspruch		98, 138	
Notarkammer			
- Vertrauensschadenversicherung		98, 211	

Parteiverrat, § 356 StGB

- Mandat, neues 98, 97

Pfändung

- Auszahlungsanspruch, Anderkonto 98, 138

Praxisveräußerung

- Jahresumsatz 98, 99
- = DATEV-Anteil

Prozeßauftrag

- Fehler, Darlegungslast 98, 170

Prozeßvollmacht

- Name des Vertreters, fehlender 98, 205

Rechtsanwalt

- Berufsbezeichnung 98, 24
- = Versicherungsberater 98, 29
- Kanzleisitz Italien 98, 210
- Rechtsmittelauftrag 98, 210
- = Auftragsannahme 98, 210
- = Sozietät, überörtliche 98, 133
- Sachverhaltsermittlung 98, 25
- Tätigkeitsschwerpunkt 98, 133
- = Forderungseinzug 98, 133
- Unterhaltsklage 98, 36
- = Abänderungsklage 98, 117
- Vergleich, ungünstiger 98, 133
- Zugewinnausgleich, Abfindung 98, 36
- Zwangsvollstreckung, verzögerte 98, 117

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- IHK-Beiträge 98, 230
- Mietvertrag 98, 95
- Mitarbeiter-Beteiligungsmodell 98, 69
- Rechtsberatungsgesetz 98, 69
- = Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB
- Vertragserstellung 98, 69
- = Wirtschaftsberatung 98, 230
- Verwaltungsgerichtsverfahren 98, 69
- Wiederholungsabsicht 98, 188
- Wirtschaftsberatung 98, 184
- Wirtschaftsprüfer 98, 184
- = Rückübertragungsansprüche

Rechtsmittelauftrag

- Angaben 98, 161
- Sozietät, überörtliche 98, 210

Rechtsprechungsänderungen

- EuGH 98, 227
- Verbandsinformationen, Mitverschulden 98, 227
- Wiedereinsetzung 98, 165
- = Postweiterleitung

Sachverhaltsermittlung

- > durch RA 98, 133
- = > wg. Vorprozeß

Schaden

- Anspruch gegen Dritte 98, 36
- Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Eigentumswohnungen, Aufteilung in > 98, 9
- Gewinn, entgangener 98, 63
- Lohnsteuerhaftung 98, 115
- Schutzbereich der Pflichtverletzungen 98, 198
- Zinsschaden, Steuererklärungsfrist 98, 12

Schlichtungsklausel

98, 210

Selbstanzeige

- BP-Ergebnis, Anerkennung des > 98, 153
- OWiG-Verfahren 98, 77

Sozietät

- >, gemischte 98, 117
- = Haftung für Anwaltsfehler
- >, überörtliche 98, 210
- = Rechtsmittelauftrag
- Sozietätsvertrag 98, 210
- = Auseinandersetzung 98, 210
- = Schlichtungsklausel 98, 210
- = Zahlungsanspruch 98, 210
- Sozios, neuer 98, 117

StB-GmbH

- Haftung für Geschäftsführerhandeln, § 31 BGB 98, 48

Steuerberatungsvertrag

- Bankgespräch 98, 9
- Gefälligkeit 98, 123
- Inhalt des > 98, 69
- = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 123
- Telefonauskunft

Steuererklärung

- Prüfung der tatsächlichen Angaben 98, 153
- Unterzeichnung der > 98, 153

Steuerfahndung

- Beschlagnahmefugnis 98, 77
- = nach Verfolgungsverjährung

Steuergestaltungsberatung

- >, ungefragte 98, 31
- Verlustverrechnung 98, 31

Steuerhaftung

- > des Konkursverwalters 98, 102
- = Umsatzsteuer, Checkliste

Steuerhinterziehung

- Feststellungen des Gerichts 98, 153
- Steuerfahndungsbericht 98, 153
- Strafzumessung 98, 210
- Umsatzsteuervoranmeldung 98, 210

Telefax/Telebrief

- Änderung des > 98, 210
- Ausgangskontrolle 98, 166
- Zugangsnachweis 98, 166
- = OK-Vermerk, Sendebericht

Telefonauskunft

- ohne Honorar 98, 123

Testat

- (s. auch Bestätigungsvermerk) 98, 72
- Bilanzfälschung 98, 72
- Ergänzung des > 98, 72
- Verantwortungsbereich 98, 72, 149

Treuhänder

- Auftragsinhalt 98, 174
- Auszahlungsprüfung 98, 174
- Bautenstand 98, 174
- Mittelverwendungskontrolle 98, 225
- Verflechtungen 98, 174
- Versicherungsschutz 98, 225
- = Pflichtverletzung, wissentliche

Urkundenfälschung

- Telefaxänderung 98, 210

Verfassungsbeschwerde

- Mißbrauchsgebühr 98, 54

Vergleich

- Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum 98, 36

Verjährung, § 51 BRAO

- Verjährungsbeginn
= Prozeßfehler 98, 83

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Arglistenwand 98, 86
- Belehrungspflicht über Fehler in eigenen Arbeiten und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
= Anlaß für > 98, 124
= Ende der >, anwaltliche Beratung 98, 124
= Ende der >, Beratung durch StB/Rechtsbeistand 98, 124
= Kausalität für Verjährungseintritt 98, 124
= Verletzung, schuldhaft, der > 98, 124
- Verjährungsbeginn
= Folgefehler, 98, 83, 86
= Folgeschäden 98, 86
= Fristversäumnis 98, 185
= Klage, aussichtslos 98, 86
= Prozeßfehler 98, 83
= Rechtskraft des Steuerbescheides 98, 86, 185
= zwei Fehler 98, 83
- Verjährungshemmung
= Vorprozeß 98, 185

Versicherungsschutz

- Abtretungsverbot 98, 211
- Angaben zu Vorschäden 98, 194
- Ansprüche gegen den Versicherer
= Anspruch des Mandanten 98, 229
= Ausschlagung der Erbschaft 98, 229
- Bindungswirkung des Haftpflichturteils
= Vertrauensschadenversicherung 98, 211
- Pflichtverletzung, wesentliche
= Grundregeln 98, 225
= „Primitivwissen“ 98, 205
- Rechtsschutzversicherung
= > für Vorstand 98, 82
- Tod des Versicherungsnehmers 98, 229
- Trennungsprinzip 98, 211
- Treuhänder 98, 225
- Versichererwechsel 98, 194
- Vertrauensschadenversicherung 98, 211

Vertrauensschadenversicherung

- 98, 211

Vollmacht

- Vorlage, Fristsetzung 98, 106

Vorteilsausgleichung

- Voraussetzung, Schaden 98, 34

Werbeverbot

- Empfehlung in Zeitungen 98, 222
- Forderungseinzug 98, 25
- Informationsbrief 98, 204
- Praxisveranstaltung 98, 184
- Selbstdarstellung, erlaubte 98, 222

Wettbewerbsverbot

- Freie Mitarbeiter 98, 16

Wiedereinsetzung

- Antrag
= Begründungsfrist 98, 214
= Darlegung, schlüssige 98, 25
= Frist 98, 6
= Fristbeginn 98, 106
= Organisationsanweisungen 98, 25
= Sachvortrag, unvollständiger 98, 6
= Sachvortrag wg. Faxfehler 98, 82

- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)
- Fristenkontrolle
= Eingangsmitteilung des Gerichts 98, 214
- Weiterleitung an zuständiges Gericht 98, 165

Wirtschaftsprüfer

- Rechtsberatung
= Gesellschaftsvertragsänderung 98, 188
= Rückübertragungsanspruch 98, 184
= Wirtschaftsberatung 98, 188
- Zulassung
= Anstellung, Verbandsgeschäftsführer 98, 205

Zugang

- Beweis des > 98, 61
- Eingangsstempel 98, 61

Zugewinnausgleich

- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher 98, 36

Zustellung

- Ersatzzustellung
= Familienangehörige des Steuerberaters 98, 205
- Urteilsseite, fehlende 98, 142

- BVerfG v. 11.7.1997 - 2 BvR 7/92 98, 77
- [2. Kammer] = wistra 97, 297
- BVerfG v. 29.10.1997 - 1 BvR 780/97 98, 81
- BVerfG v. 5.1.1998 - 2 BvR 2198/97 98, 54
- BVerfG v. 29.5.1998 - 1 BvR 1773/96 98, 159

- BVerwG v. 26.8.1997 - BVerwG 1 C 1.96 98, 205
- = WPK-Mitt. 98, 166

- BGH v. 18.11.1996 - AnwZ (B) 25/96 98, 190
- = NJW-RR 97, 696
- BGH v. 28.11.1996 - I ZR 184/95 98, 222
- BGH v. 14.1.1997 - VI ZB 24/96 98, 45
- = NJW 97, 1311 = VersR 97, 598
- BGH v. 13.2.1997 - III ZR 285/95 98, 3
- = NJW 97, 1309 = VersR 97, 643
- BGH v. 27.2.1997 - I ZB 50/96 98, 6
- = NJW 97, 1708 = VersR 97, 767
- BGH v. 21.4.1997 - II ZR 317/95 98, 40
- = WPK-Mitt. 97, 240 = NJW 97, 2178
- = BGHZ 135, 260
- BGH v. 15.5.1997 - IX ZR 167/96 98, 55
- BGH v. 15.5.1997 - 5 StR 45/97
- = wistra 97, 302 98, 153
- BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96 98, 25
- BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 65/96 98, 24
- BGH v. 27.5.1997 - VI ZB 10/97 98, 43
- = NJW 97, 2825 = VersR 97, 1252
- = AnwBl 97, 622
- BGH v. 28.5.1997 - III ZR 277/95 98, 8
- = BB 97, 1685
- BGH v. 10.7.1997 - IX ZB 57/97 98, 20
- = VersR 97, 1552 = BB 97, 2024
- BGH v. 12.8.1997 - VI ZB 22/97 98, 19
- = VersR 98, 77 = MDR 97, 1051
- BGH v. 9.9.1997 - IX ZB 80/97 98, 22
- = NJW 97, 3446 = VersR 98, 254
- BGH v. 18.9.1997 - IX ZR 49/97 98, 58
- BGH v. 22.10.1997 - VIII ZB 33/97 98, 93
- BGH v. 30.10.1997 - VII ZB 19/97 98, 61
- BGH v. 3.11.1997 - VI ZB 47/97 98, 221
- BGH v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96 98, 168
- BGH v. 13.11.1997 - IX ZR 37/97 98, 36
- = NJW 98, 749 = WM 98, 297
- BGH v. 19.11.1997 - VIII ZB 33/97 98, 166
- BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 286/96 98, 34

BGH v. 20.11.1997 – IX ZR 62/97	98, 31	OLG Oldenburg v. 18.9.1997 – Ss 335/97	98, 153
BGH v. 24.11.1997 – AnwZ (B) 38/97	98, 29	= wistra 98, 71	
BGH v. 27.11.1997 – IX ZR 141/96	98, 63		
BGH v. 1.12.1997 – II ZR 85/97	98, 165	OLG Saarbrücken v. 15.4.1992 – 5 U 105/88	98, 205
BGH v. 10.12.1997 – VI ZR 238/97	98, 82	= r+s 92, 336	
BGH v. 11.12.1997 – IX ZR 278/96	98, 146	OLG Saarbrücken v. 23.8.1996 – 10 O 226/93	98, 174
BGH v. 15.12.1997 – Stb St (R) 5/97	98, 184		
= WPK-Mitt. 98, 164		OLG Schleswig v. 30.1.1998 – 1 U 108/97	98, 123
BGH v. 16.12.1997 – VI ZR 279/96	98, 143		
BGH v. 17.12.1997 – VIII ZR 235/96	98, 107	OLG Zweibrücken v. 3.4.1998 – 1 Ss 34/98	98, 210
BGH v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96	98, 86	= wistra 98, 195	
BGH v. 13.1.1998 – VIII ZB 48/97	98, 114		
= NJW 98, 1155 = WM 98, 735		LG Braunschweig v. 5.9.1997 – 5 O 80/97, n. rkr.	98, 149
BGH v. 21.1.1998 – 5 StR 686/97	98, 210		
= wistra 98, 146		LG Dresden v. 21.1.1997 – 41 O 680/97	98, 184
BGH v. 11.2.1998 – VIII ZB 50/97	98, 163	= AnwBl 98, 221	
BGH v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97	98, 83		
= NJW-RR 98, 742 = WM 98, 786		LG Frankfurt v. 8.4.1997 – 2/18 O 475/95, n. rkr.	98, 72
BGH v. 10.3.1998 – X ZB 31/97	98, 142	= WPK-Mitt. 97, 236	
= NJW 98, 1959 = WM 98, 1305 = BB 98, 1232			
BGH v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97	98, 138	LG Hamburg v. 6.3.1998 – 651 StL 27/97	98, 204
= WM 98, 921 = BB 98, 1026		= WPK-Mitt. 98, 168	
BGH v. 2.4.1998 – III ZR 245/96	98, 217		
BGH v. 2.4.1998 – IX ZR 107/97	98, 133	LG Köln v. 21.4.1997 – 110 Qs 5/97	98, 77
BGH v. 21.4.1998 – VI ZB 8/98	98, 161	= wistra 97, 237	
BGH v. 23.4.1998 – I ZB 2/98	98, 215		
BGH v. 30.4.1998 – VII ZB 5/97	98, 191	LG Tübingen v. 26.9.1997 – 2 O 57/97, rkr.	98, 227
BGH v. 30.4.1998 – IX ZR 150/97	98, 132		
= WM 98, 1275		AG Düsseldorf v. 22.1.1997 – 28 C 16886/96	98, 229
BGH v. 12.5.1998 – VI ZB 10/98	98, 214	= NJW-RR 97, 922	
BGH v. 27.5.1998 – IV ZR 166/97	98, 211		
BGH v. 16.6.1998 – XI ZR 254/97	98, 178		
		BFH v. 16.10.1996 – II R 3/96	98, 25
KG v. 16.9.1997 – 6 U 7835/95, rkr.	98, 194	= BFH/NV 97, 359	
		BFH v. 21.10.1996 – VI R 4/94	98, 24
Brandenburgisches OLG v. 18.9.1996 – 7 U 8/96	98, 210	= BFH/NV 97, 330	
= AnwBl 98, 281		BFH v. 12.2.1997 – X B 297/97	98, 82
		= BFH/NV 97, 592	
OLG Düsseldorf v. 14.4.1994 – 13 U 105/93	98, 48	BFH v. 28.2.1997 – VI R 119/95	98, 77
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 255/95	98, 46	= BFH/NV 97, 595	
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 10/96	98, 124	BFH v. 4.6.1997 – IV R 79/96	98, 205
OLG Düsseldorf v. 27.2.1997 – 13 U 8/96	98, 170	= BFH/NV 98, 2	
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 107/94	98, 198	BFH v. 18.6.1997 – III R 84/96	98, 2
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 9/96	98, 67	BFH v. 25.6.1997 – VIII B 35/96	98, 153
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 65/96	98, 99	= BFH/NV 98, 8	
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 108/96	98, 148	BFH v. 14.7.1997 – V B 19/97	98, 106
OLG Düsseldorf v. 15.5.1997 – 13 U 8/96	98, 147	= BFH/NV 98, 48	
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 227/96	98, 115	BFH v. 16.7.1997 – III R 266/94	98, 153
		BFH v. 29.7.1997 – IX R 20/96	98, 205
OLG Frankfurt v. 18.9.1997 – 15 U 112/96	98, 117	= WPK-Mitt. 98, 171	
		BFH v. 29.7.1997 – VII B 127/97	98, 106
OLG Hamm v. 22.9.1995 – 25 U 2/95	98, 69	= BFH/NV 98, 64	
OLG Hamm v. 15.11.1995 – 25 U 157/94	98, 16	BFH v. 14.8.1997 – III B 58/97	98, 154
OLG Hamm v. 15.5.1996 – 25 U 54/95	98, 9	BFH v. 4.9.1997 – VII B 149/97	98, 210
OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96	98, 95	= BFH/NV 98, 337	
OLG Hamm v. 8.11.1996 – 25 U 188/95	98, 12	BFH v. 19.9.1997 – V B 39/97	98, 210
OLG Hamm v. 5.12.1997 – 25 U 55/97	98, 173	= BFH/NV 98, 280	
- vgl. v. 13.12.1995 = GI 96, 117		BFH v. 30.9.1997 – IX R 80/94	98, 2
OLG Jena v. 29.7.1997 – 1 Ss 318/96	98, 153	BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94	98, 23
= wistra 98, 73		BFH v. 26.11.1997 – III R 109/93	98, 210
		= BFH/NV 98, 808	
OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 – 2 Ss 259/96	98, 97	BFH v. 8.1.1998 – V R 32/97	98, 178
= wistra 97, 315			
OLG Karlsruhe v. 3.9.1997 – 1 U 60/97	98, 185	Sächsisches FG v. 23.2.1995 – 2 K 48/95	98, 77
		= EFG 97, 761; Revision: BFH – III R 58/95	
OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 U 759/97, n. rkr.	98, 188		
= AnwBl 98, 223		OFD Hannover v. 31.7.1997 – S 0190	98, 102
OLG Köln v. 28.1.1997 – 9 U 62/96	98, 225	- 6-StO 321/b 0190 – 68-StH 551	
= r+s 97, 496			
OLG Köln v. 12.5.1997 – 14 UF 79/97	98, 210	VGH Baden-Württemberg v. 6.9.1996	98, 230
= AnwBl 98, 279		- 9 S 2152/96 = RBeistand 97, 63	

Berufungsbegründung • Bezugnahme auf Schriftstück (BGH);
Notarhaftung • Formularvertrag • Verzugszinsklausel (BGH);
Wiedereinsetzung • Antragsfrist • Fristprüfung durch Berufsträger (BGH);
Wiedereinsetzung • Glaubhaftmachung • Indizienkette • Postlaufzeiten (BGH);

Steuerberater • Fördermittelantrag • Aufgabengebiet des Steuerberaters (LG Meiningen);
Wirtschaftsprüferhaftung • vorsätzliche Bilanzfälschung des Mandanten (LG Wuppertal);
Zurückbehaltungsrecht • Buchungsunterlagen des Mandanten (LG Heidelberg)



Die Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung mit ihren sich ständig ändernden arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen ist sowohl für Mandanten als auch den Steuerberater selbst ein komplexes Gebiet. Eine spezielle Analyse einer bestehenden Versorgung gibt darüber hinaus praxisnahe Hilfe zur Betreuung der Mandanten.

Das neue GI-Spezial ist ein kompaktes Nachschlagewerk mit einem Praxisleitfaden, Mustertexten, elektronischen Checklisten und Arbeitshilfen.

Weitere Informationen finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe. Bestellungen an GI-Service Fax-Hotline (02 21) 1 44-51 55.

GI BEILAGE 9/98

Dieser Ausgabe liegt eine Information zum Thema GI-Spezial: „GmbH-Geschäftsführer-Versorgung“ auf CD-ROM bei.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-72 98
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.